

Bezugspreis:
Vierteljährlich 36.— M., monatlich 12.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.— M., einjährig 120.— M.
Einschließungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Bessarabien 22.— M., für
den übrigen Ausland 24.— M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Bessa-
rabien, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Bildung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat, Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neuangelegten Kontraktbelegte
kosten 6.— M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 2.— M. (ein-
schlißlich zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellenangebote
und Stellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 250 Pfg. Die
Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeschäft.

Kontingen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Selbst
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Donnerstag, den 13. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inzeraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Erklärung der Reichsregierung.

Berlin, 12. Oktober. (WTB. Amtlich.) In der heu-
tigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichskanzler Dr.
Wirth der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der
Völkerbundrat in Genf, soweit sich aus unwidersprochenen
Nachrichten entnehmen lasse, über das oberschlesische
Gebiet in einer Weise verfügt hat, welche weder der durch
die Abstimmung klar zutage tretenden Willenskundgebung
der oberschlesischen Bevölkerung, noch den wirtschaftlichen Be-
dürfnissen des Landes entspricht.

Treffen diese Nachrichten zu und fällt der Oberste Rat
eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte
mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern
von deutschem Fleiß und deutschem Geist geschaffen worden ist,
vom Reiche getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt. Diese
Losreißung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölke-
rung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen
Volk als Vergewaltigung und bitteres Unrecht
empfundene werden. Nicht friedliche Entwicklung, sondern un-
ablässige Beunruhigungen und Zwistigkeiten würden die
Folge sein; dem deutschen Wirtschaftskörper würde eine un-
heilbare Wunde geschlagen werden.

Zusammenfassend erklärte der Reichskanzler: Falls die
Entscheidung so fällt, wie zu befürchten ist, so ist eine neue
Lage geschaffen, welche die Voraussetzungen einschneidend
beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die
Geschäfte des Reichs übernommen und geführt hat. Eine ab-
schließende Entscheidung wird das Kabinett erst
dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates
amtlich vorliegt.

Der Reichskanzler stellte dies als einmütige Auf-
fassung des gesamten Kabinetts fest.

In alten Zeiten soll es üblich gewesen sein, daß Kinder,
die von ihren Eltern oder Erziehern geschlagen wurden, nach-
her ihrem Richter die Hand küssen und sich „für die
gnädige Strafe“ bedanken mußten. Von solchen Er-
ziehungsmethoden ist die moderne Pädagogik längst abgeto-
men in der Erkenntnis, daß man auf diese Weise die Menschen
nicht zu Menschen, sondern zu Hunden erzieht. Lieft man jetzt
aber gewisse französische Blätter, so gewinnt man
aus ihnen den Eindruck, daß wir Deutschen jetzt und für ab-
sehbarer Zeit nichts anderes zu tun hätten, als uns für die
gnädigen Strafen zu bedanken, die unaufhörlich über uns ver-
hängt werden. Leute, die ihrem eigenen Volk einen überhöhten
Nationalismus predigen, wollen anderen Völkern das Recht
auf noch so natürliche nationale Empfindungen nicht zu-
erkennen. Ueberall aber, wo noch die Fähigkeit besteht, die
Dinge der Welt etwas objektiver zu betrachten, wird man es
begreifen, daß Deutschland eine Entscheidung, die Stücke leben-
digen Fleisches aus seinem Leibe reißt, nicht kalt und teil-
nahmslos hinnehmen kann. Was würdet denn Ihr tun, Fran-
zosen, Italiener, Engländer, Polen, wenn Euch ein Gleiches
widerfiele? Könntet Ihr dann die Gewähr dafür übernehmen,
daß die ausgepeitschte nationale Leidenschaft nicht so
manchen Damm durchbräche, den kluge Staatsmännlichkeit auf-
gerichtet hat, daß jedes Wort, das Eure Redner sprechen, Eure
Zeitungsleute schreiben, auf die Goldwaage gelegt würde? Es
steht denen, die uns Sozialdemokraten immer wieder den
Nationalismus in den Rücken hehen, am allererschlichsten an,
sich über nationalstiftliche Regungen in Deutschland zu beklagen!

Die Erregung, die heute in Deutschland um das Schicksal
Oberschlesiens herrscht, ist nur zu verständlich. Aber diese be-
rechtigte Erregung gibt noch nicht das Recht zu Handlungen,
die gegen das Interesse des eigenen Volkes verstoßen.
Manches, was heute in Deutschland geschehen könnte, wäre
menschlich bereiflich, vieles davon wäre politisch un-
verzeihlich. Darum ist es heute die Pflicht aller aufrichtigen
und besonnenen Freunde unseres Volkes, sich gegen die Kopf-
stöße zur Wehr zu setzen, die von erregten Gemütern als
unerschütterliche Rettungsmittel empfohlen werden.

Es wird uns empfohlen, nach der Entscheidung über Ober-
schlesien mit der Erklärung hervorzutreten, daß Deutschland
nun nicht mehr in der Lage sei, die Verpflichtungen des Lon-
doner Ultimatums und des Wiesbadener Ab-
kommens zu erfüllen. Daß die Wahrscheinlichkeit für die
Erfüllung dieser Verpflichtungen — trotz Deutschlands bestem
Willen — durch die Entscheidung über Oberschlesien noch um
einige Grade weiter herabgedrückt wird, ist richtig und kann
gesagt werden. Was würden aber die Folgen sein, wenn wir,
dem großen russischen Vorbild folgend, alle unsere Schulden
für null und nichtig erklären würden?

In solchem Fall würde das Ausland mit Recht auf den
Art. 90 des Friedensvertrags hinweisen, der uns 15 Jahre
lang erlaubt, aus den abgetretenen Gebieten alle Bergwerks-
produkte ohne Zoll und Beschränkung, zu denselben Preisen,

wie sie die Polen zahlen, in unser Land einzuführen. Mit
Recht würde es erklären, daß in der Entscheidung über Ober-
schlesien kein Grund zu einer plötzlichen und vollkommenen
Zahlungsunfähigkeit Deutschlands liege, und man würde uns
darauf hinweisen, daß wir die Verpflichtungen, die wir über-
nahmen, „ohne Vorbehalte“ auf uns genommen haben. Die
Folge einer solchen Erklärung, wie sie manche erleuchtete
Geister vorschlagen, würde die politische und wirt-
schaftliche Katastrophe Deutschlands sein.

Das Kabinett Wirth hat mit seiner Absicht, zurück-
zutreten, sobald eine ungünstige Entscheidung über Ober-

Schlesien noch als die tüchtigen Leute dastehen wollen, die recht
behalten haben. Auch der ungenannte monarchistische Führer
sieht, daß ein Sturz des Kabinetts Wirth Wirren
nach sich ziehen müßte, die, wenn überhaupt, nur durch Neu-
wahlen gelöst werden könnten, deren Ausschreibung er darum
empfiehlt. Deutlicher konnte die Absicht, sich aus dem Unglück
des Volkes einen parteipolitischen Braten zu machen, nicht
ausgesprochen werden. Aber der Herr täuscht sich, wenn er
glaubt, daß unser Volk die Maske solcher Vaterlandsretter
nicht durchschaut.

Die Reichsregierung ist, wie die oben abgedruckte Erklä-
rung zeigt, den Ratschlägen gewisser kopflöser oder intriganter
Kriemhildchen nicht gefolgt, sie hat sich ihre abschließende Ent-
scheidung vorbehalten, bis der Spruch des Obersten Rates vor-
liegt. Sie ist in ihrer Entscheidung frei, aber der Reichs-
tag ist in der feinen moralisch und politisch gebunden. Er
muß aussprechen, daß er keinen Grund sieht, der Regie-
rung das Vertrauen zu entziehen, mit dem er ihre bisherige
Politik gedeckt hat. Die Regierung trägt ihre Verantwortung
vor dem Reichstag, der Reichstag muß die seine vor dem
Volk tragen, indem er der Regierung in offener Sitzung
sagt, wie er von ihr denkt und was er von ihr verlangt.

Protest der Arbeiter- und Beamtenorganisationen.
Berlin, 12. Oktober. (WTB.) Der Allgemeine Deutsche
Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, der Ge-
werkschaftsring der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-
verbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Beamten-
bund haben an den Völkerbundrat, Lloyd George und Briand fol-
gendes Telegramm gerichtet:

Nach übereinstimmenden Neuierungen der Schweizer, Pariser
und englischen Presse hat der Völkerbundrat die Teilung Ober-
schlesiens beschlossen. Falls das zutrifft, erheben die deutschen Ar-
beiter- und Beamtenverbände aller Richtungen [schweren Ein-
spruch. Die unterzeichneten Hauptorganisationen, die insgesamt
14 Millionen Mitglieder vertreten und mit Familienangehörigen
40 Millionen deutscher Staatsangehöriger umfassen, haben sich ge-
schlossen hinter das Reparationsprogramm der Regie-
rung Wirth gestellt. Sie haben das getan, obwohl sie sich be-
wußt sind, daß die Wirkungen der Reparationen für sie alle härteste
Arbeit und herbe Entbehrungen bedeuten. Jede Abtrennung wich-
tiger Wirtschaftsquellen von Deutschland macht die Durchfüh-
rung dieses Programms unmöglich und bedeutet zugleich
Verletzung des deutschen Volkes, das bei seiner Bevölkerungs-
dichte auf weltwirtschaftliche Beziehungen, auf Import und Export
angewiesen ist. Eine Teilung Oberschlesiens steht auch im Wider-
spruch mit dem Abstimmungsergebnis, sie hätte ferner zur Folge,
daß die arbeitende Bevölkerung Deutschlands auf alle sich aus Teil
13 des Friedensvertrags ergebenden Maßnahmen (Organisation der
Arbeit) verzichten müßte. Gerechtfertigt sowie die Deutschland auf-
erlegten und von ihm anerkannten Pflichten erheben sich gebieterisch
Belassung Oberschlesiens bei Deutschland.

Eine Rundgebung der Stadt Kattowitz.
Kattowitz, 12. Oktober, mittags 12 Uhr. (WTB.) Soeben
wurde nachstehendes Telegramm von den Vertretern der deutschen
Bevölkerung der Stadt Kattowitz an folgende Stellen gesandt:
Völkerbundrat in Genf, Premierminister Lloyd George, Minister-
präsident Briand in Paris, Premierminister Bonomi in Rom, japa-
nischer Botschafter in Paris:

In der Stadt Kattowitz wurden bei der Volksabstimmung
mehr als 85 Proz. der Stimmen für Deutschland
abgegeben. Die Zuteilung der Stadt an Polen wäre eine große
Misachtung des deutschen Ergebnisses. Die deutsche Bevölkerung
ist auf tiefste Erregung durch die Pressenmeldungen, daß eine der-
artige Zuteilung in Erwägung gezogen worden sei und kann an
die Richtigkeit der Meldungen nicht glauben. Das Wirtschafts-
leben der Stadt ist mit dem deutschen Wirtschafts-
gebiet untrennbar verbunden. Ihre Besetzung vom Ritter-
stande würde ihre Lebensbedingungen vernichten. Wir fordern des-
halb, gestützt auf das fernerlich verbriefte Recht der Volksabstim-
mung, die Stadt Kattowitz bei Deutschland zu belassen.

Sonderkonferenz über Oberschlesien?
London, 12. Oktober. (WTB.) „Evening Standard“ be-
richtet: Es sei sehr wahrscheinlich, daß eine Sonderkonferenz
des Obersten Rates einberufen werden wird, um den vom
Völkerbundrat über die oberschlesische Frage verfaßten Bericht zu er-
wägen. Man glaube, daß die Konferenz des Obersten Rates inner-
halb der nächsten acht bis zehn Tage in London stattfinden werde.

Paris, 12. Oktober. (WTB.) Die Botschafterkonferenz
hat heute vormittags eine Sitzung abgehalten, über die jedoch kein
Bericht herausgegeben wurde.

Hast Du

Dich schon davon überzeugt, daß Deine
Hausnachbarn, Freunde und Kollegen
über die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl am Sonntag
genügend aufgeklärt

sind? Hast Du ihnen gesagt, daß sie unbedingt zur Wahl
gehen müssen, und daß der Sieg der bürgerlichen Parteien
alle sozialen Errungenschaften in der Berliner Gemeinde-
verwaltung vernichten und Berlin zum Zummelplatz der
Reaktion machen würde?

Sage es ihnen bis zum Sonntag an jedem Tage immer
wieder und Sorge dafür, daß sie ihre Stimme abgeben für die

Sozialdemokratische Partei (SPD.)

schlesien gefallen ist, zum erstenmal den Beifall der
Rechten gefunden. Ein führendes Mitglied der deutschmon-
archistischen (soq. deutschnationalen) Partei äußerte sich dar-
über zu einem T.L.-Vertreter sehr befriedigt. Der Rücktritt des
Kabinetts, so äußerte der ungenannte Führer, sei „eine logische
Konsequenz seiner bisherigen Politik“. „Möge es nicht bei der
leeren Drohung bleiben“, fügte er hinzu.

Es ist wirklich sehr merkwürdig. Ginge es nach diesen
Herrschaften, so müßten heute noch alle die Leute, die uns
in dieses nationale Unglück gestürzt haben, auf den Stühlen
der Macht sitzen, und das deutsche Volk müßte in gottgewollter
Abhängigkeit fromm ergeben zu ihnen emporkriechen. Eine
Regierung aber, die sich mit allen erdenkbaren Mitteln um
die Milderung der eingetretenen Schäden müht, soll mit
Schimpf und Schande davongejagt werden, weil sie nicht
alles, was die anderen zerbrochen haben, wieder ganz machen
kann. Das Stück Oberschlesien, das uns verloren geht, hat die
Monarchie verloren und nicht die Republik. Luden-
dorff hat es verloren und nicht Wirth. Als uns der Ver-
sailer Vertrag präsentiert wurde, die Rechnung für eine
30jährige wilhelminische Aera, stand die Abtretung ganz
Oberschlesiens darin. Die Republik hat unter den
denkbar unglücklichsten Verhältnissen in höchst diplomatischem
Kampf um Oberschlesien gerungen. Sie hat die Abtretung ganz
Oberschlesiens wieder rückgängig gemacht, sie hat trotz aller
Sünden des alten preussischen Unterdrückungssystems die glän-
zende Abstimmungsschlacht geschlagen und große Teile des
Landes gerettet. Sie hat das ganze Land nicht retten
können — wer hätte das vermocht? Wilhelm? Ludendorff?
Helfferich? — ein wertvoller Teil wird uns weggerissen, und
das ist ein schwerer Schaden und ein hartes Unrecht. Aber
schändlich und erbärmlich, im höchsten Grade
„national unwürdig“ wäre es, wenn wir des-
wegen Wirth und sein Kabinett davonjagen
wollten.

Wenn das Kabinett Wirth gehen will wegen eines natio-
nalen Unglücks, an dem es kein Verschulden trägt, so zeigt es
hundertmal mehr Takt als gewisse Herren, die hartnädig
bleiben und sich nachher noch als verkannte Vaterlands-
retter aufspielen, nachdem sie den größten Krieg der Welt
verloren hatten. Daß Wirth gehen will, ist verständlich —
unverständlich wäre es, wenn man ihn gehen
ließe.

Wenn es wahr ist, daß man durch Schaden klug wird,
müßte das deutsche Volk schon sehr klug sein. Hoffentlich ist
es klug genug, um nicht das Verwechslungsspiel zu gestatten,
in dem die wahren Verlierer Oberschlesiens zum

Die Genfer Entscheidung.

Genf, 12. Oktober. (WZ.) Das Gutachten des Völkerbundes über die oberschlesische Frage ist nunmehr fertiggestellt und wird noch heute abend an den Obersten Rat abgegeben. Die privaten Meldungen über die Grenzlinie in Oberschlesien sind bisher vom Völkerbundsekretariat dementiert worden. Es bestätigt sich vielmehr, daß die gestern übermittelten Angaben des Völkerbundes (die wir an der Spitze des gestrigen Morgenblattes wiedergaben. Am. d. Red.) im allgemeinen zutreffen. Der Rat schließt heute seine Genfer Tagung ab, nachdem er heute vormittag noch eine lange Vollversammlung abgehalten hat. Heute nachmittag sollen noch einige Besprechungen stattfinden und im Laufe des Abends werden die meisten Ratsmitglieder bereits Genf verlassen, falls nicht noch unvorhergesehene Verzögerungen eintreten, was nicht wahrscheinlich ist. Von einer öffentlichen Sitzung, die in Anwesenheit des Sekretariatsbureaus durchgeführt wurde, will man absehen, dagegen wird das Informationsbureau des Völkerbundes, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, heute abend eine längere Mitteilung über den Verlauf der Tagung ausgeben, die jedoch keinerlei Angaben über die Lösung selbst enthält.

Der Oberste Rat bzw. die Völkerbundskonferenz sollen morgen zur Prüfung des Gutachtens des Völkerbundes in Paris zusammentreten. Es sollen gleichzeitig die notwendigen Polizeimaßnahmen in Oberschlesien getroffen werden. Wenn alle diese Vorbereitungen beendet sind, wird das Gutachten des Völkerbundes als Beschluß des Obersten Rates veröffentlicht werden. Man rechnet damit, daß diese Veröffentlichung am Sonntagabend oder am Sonntag gleichzeitig in den Ententehauptstädten und in Genf erfolgt.

Die angebliche Grenzlinie.

Paris, 12. Oktober. (WZ.) Der Genfer Korrespondent des „Temps“ teilt mit: Die Grenzlinie in Oberschlesien, die der Völkerbund vorzuschlagen beabsichtigt, scheint jetzt wie folgt zu verlaufen: 1. Polen erhält die beiden südlichen Kreise Blech (insgesamt) und Rybnik (zum größeren Teil). 2. Das Industriegebiet wird unter die beiden Länder geteilt. Deutschland erhält die westlichen Kreise des Beckens Gleiwitz und Hindenburg (Hindenburg sowie Beuthen-Stadt). Polen erhält die Kreise Königshütte, Beuthen-Land, Kattowich-Stadt und Kattowich-Land. 3. Die beiden im Osten von Oberschlesien gelegenen Kreise Tarnowitz und Lublinitz werden in ihrem östlichen Teile Polen, in ihrem westlichen Teile Deutschland zugesprochen. 4. Deutschland behält die anderen oberschlesischen Kreise im Norden, Westen und im Zentrum, also Rosenburg, Kreuzburg, Oppeln, Groß-Strehlitz, Loß Cofel, Ober-Glogau, Beobischütz und Ratibor.

Was das für Oberschlesien vom Völkerbund in Aussicht genommene wirtschaftliche Regime betrifft, glaubt der Genfer Korrespondent des „Temps“ zu wissen, daß die Frage große Schwierigkeiten bereite, die in den letzten Tagen dem Völkerbundrat klar beschäftigt hätten. Man dürfe soviel sagen, daß eine Kommission die Aufgabe haben würde, den Verkehr, die Wasserversorgung und die anderen ähnlichen Fragen wirtschaftlicher und technischer Art zu regeln. Die Kommission, die wahrscheinlich nur drei Personen umfassen werde, würde ihre Tätigkeit zehn Tage lang ausüben. Dieser Zeitraum würde indessen abgekürzt werden können, wenn beide Parteien einig seien, oder auch verlängert, wenn die Notwendigkeit dazu sich herausstellt.

Befürchtungen in London.

Paris, 12. Oktober. (WZ.) Der Londoner Korrespondent des „Temps“ berichtet seinem Blatte, die Veröffentlichung des Berichts des Völkerbundes, der die Teilung Oberschlesiens vorschlägt, werde, rufe in London große Unruhe hervor. Man wolle den Rückwirkungen, die diese Entscheidung in Deutschland hervorbringe, und insbesondere einem Sturz des Kabinetts Birich große Bedeutung bei, aber man spreche nicht von der Wirkung, die in Polen hervorgerufen wurde.

Modernde Moderne.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Wenn die Zeichen nicht trügen, ist aus diesem modernistischen Kunst, der sich absurd gebärdete, schon ein reaktionär abgestandener Wein geworden. Der Kampf, immer eine würdige Anregung zum Schaffen, droht matt zu werden; die Werke der jüngsten Schöpfung kaum mehr zum Protest heraus, weil die Proteste sich schon ihren Vorläufern und Ahnen gegenüber ausgetobt haben. So fruchtbar, wie die Epoche des Weimaraners Witz, so entscheidend wie die Wirkung Straußens auf Bühnen- und Konzertpodium, so radikal umwälzend werden weder die französischen Impressionisten noch die deutschen Atonalen (Schönberg, Schreker) sein und bleiben. Auf den Konzertprogrammen setzt eine leichte Flucht in die Arme der Romantik ein, modernste Werke verschwinden plötzlich und machen (auch ein Zeichen der Probennot!) harmlosigleiten von vorgefertigten Klav. Wähler hat ja noch immer sein großes Publikum; Debussy, Dukas, Schönberg, Bartok finden nur Liebhaber. Aber nach Abklingen der Sensation bleibt oft genug das Gefühl: mit den Führern ist diese Kunst erschöpft. Ein schicksalvoller, einseitiger Separatismus in der Musik. Es ist etwas Mächtig, es modern schon.

Bei Schubert ist die Erquickung. Ihm und seinem berühmtesten Heros, Schumann, widmen zwei Meisterlieder in der Volksbüchse andächtige Morgenstunden (Albert Fischer, Lula Ruy-Gmeiner). Von seiner Musik ganz erfüllt zu sein — weiches höchstes Glück, weiches allergroßtes Kunst! Thea Cosack hat weder technisch noch im Empfinden Reife, oder sie gibt ihr Bestes, verwirrt und gehemmt von einer Kontravertikalin am Klavier, nicht her. Unerträglich die Monotonie solchen „Rufenohns“, die mangelnde Kraft im Ganzen; erst in Liedern von Claußen meldet sich Hingabe, Erlebniswille und Schöngesang. Aber da verpufft alles an der epigonenhaften Reifeigkeit dieser „Schifflieder“ von Ur-großvaters Gnaden. Broderzen wird in einigen Tagen Schubert singen; diesmal hielt er's allein mit Strauß, dessen soziales Steinlocher-Meisterstück ein Rabinettstück von charakteristischem Ausdruck und lebensvoller Gestaltung wurde. Dieses hämmern und Wüsten, das Gräßeln über die anderen, fast ersterbend in Sätzen, und die Mechanik der Arbeit wie des Sterbens — Strauß hat das vorbildlich geschaffen und Broderzen ist sein Prophet. In unbekannteren Liedern fliegen die schönen Kapitane Broderzens und die Eleganz seiner Begleiterin. Einen idealeren Begleiter zu den heiteren Liedern der Tosca Selim als den Dr. Ralph Benayth wird man kaum finden; ist er doch gleichzeitig Dichter, Komponist, Gatte, und hat zudem das einzig schöne, wienerisch begnadete Brinzling-Lied geschaffen. Frau Selim gewinnt mit der apart-schelmischen und offeneren Pointierung ihrer Chansons schnell die Hörer; und das will etwas heißen, da die Stimme nicht sehr durchgebildet ist.

In romantischen Bahnen hielten sich auch neue Werke lebender Tonkünstler, die Julius Dähle und Walter Schulz vorführten. Die Kellersonate von Friedrich Brandt ist so frei von einprägsamer Melodie und plastischer Themenbildung, daß der Cellist Schulz kaum mehr als anständiges Spiel zeigen konnte; ganz wasserig ist das lange Adagio, frischer und beredter die schnellen Sätze. In einer Konzertsuite von Max Chop gefielen die kokett-spielerische Gavotte mit dem sehr durchdringenden Mittelstimmen, sowie das hurtig dahin-

Oberschlesiens Teilung.

Oberschlesiens Industrie wuchs und gedieh im Gegensatz zu der dicht angrenzenden, über noch größere Kohlenhöfe verfügenden polnischen Industrie im Anschluß an die deutsche Wirtschaft zu einem bis auf geringe Randgebiete einheitlichen Wirtschaftskörper. Kaum mehr als ein halbes Jahrhundert technischer und ökonomischer Entwicklung gab ihm die mächtige Stellung als Kohlenlieferant, als Eisen- und Zinkproduzent, die es heute einnimmt. Es ist klar, daß diese ökonomische Bedingtheit den erschlossenen Teil des Industriegebietes und weite Gebiete der eben erst aufgeschlossenen Kohlenlager im Kreise Rybnik zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenschweißte.

Diese Einheit wird jetzt in zwei Staatsgebiete getrennt, um nach der staatsrechtlichen Operation einer wirtschaftsrechtlichen Naht unterzogen zu werden. Die Trennung in zwei Staatsgebiete teilt auch die Industrie von vornherein in zwei Teile, den westlichen, die Kreise Gleiwitz, Hindenburg und einen Teil von Beuthen umfassend, mit nahezu erschöpfter Kohlenbasis, zum Aussterben bestimmt, wenn imperialistische Bestrebungen den Grenzstreifen zu einem unüberwindlichen Wirtschaftshindernis machen. Er bleibt deutsch. Und den östlichen, umfassend die ferndeutschen Industriestätten Kattowich, Laurahütte, Myslowitz, Königshütte. Sie werden dem polnischen Staatsverband eingegliedert, bleiben in ihren Grundpfeilern unerschüttert und werden, wenn Kapital und Arbeit ihnen gleichermaßen weiter treu bleibt, zum Ausgangspunkt der Industrialisierung des gesamten Südwestpolens. Dieses Gebiet hat innere Lebenskraft, hat Rohstoffquellen, bedarf aber zur gänzlichen Erschließung nicht nur des Absatzes in Deutschland, sondern auch der westlich gerichteten Verkehrswege. In dem Polen zugeordneten Gebiet liegen auch die oberschlesischen Blei- und Zinklager des Kreises Beuthen. Nicht ganz eindeutig fest steht bisher die Zuteilung wichtiger Industrieanlagen, wie der Bismarckhütte und des Städtewerks Chorzow, eines Meisterwerks neuzeitlicher Technik. Vermutlich dürften auch sie am kommenden Sonntag auf polnischem Boden zu suchen sein. Polnisch wird ein Teil des Quellgebietes, das für die fernere Befestigung des oberschlesischen Industriegebietes mit Wasser in Frage kommt und das im Ostteil des Kreises Tarnowitz liegt.

So sieht die staatsrechtliche Prozedur aus. Ist sie überhaupt möglich? Der Völkerbund glaubt selbst nicht daran. Daher soll eine Art wirtschaftliche Naht die operierten Hälften wieder zusammenhalten und das Verbluten des Patienten verhindern. Eine Art autonome Wirtschaftsprovins mit einer „neutralen“ Oberhoheit ist dazu berufen. Ihre Befugnisse sind noch nicht bekannt. Sie soll das Industriegebiet als Ganzes umfassen und wohl eine Ubergangsbehörde darstellen, wie sie schon zur Durchführung der polnischen Kohlenverpflichtungen an Deutschland notwendig wäre.

So der Teilungsplan in den Konsequenzen, die die bisherigen Mitteilungen des Völkerbundes zulassen. Der Beschluß ist gefaßt. Der Oberste Rat ist nur dann an ihn gebunden, wenn der Friedensvertrag damit erfüllt wird. Wir Deutsche dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß er so nicht erfüllt ist. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die starken Mehrheiten der deutschen Arbeiterbevölkerung sind nicht genügend berücksichtigt worden. Vergewaltigt sind die, die von freier Arbeit leben, zugunsten derer, die als Landbewohner auf der breiten Scholle leben und deren Stimmgewicht auf der Karte mit dem Zentimetermaß sorgfältig nachgemessen wurde. Ein neues unerhörtes Unrecht geschieht.

Und es trifft ein wehrloses Volk.

England für Aenderung der Reparationen!

London, 12. Oktober. (WZ.) Heute vormittag wurde unter dem Vorsitz Lloyd Georges eine Sitzung des Kabinetts abgehalten, in der Vorschläge zur Aenderung der Form der deutschen Reparationszahlungen erörtert wurden. Außerdem kamen Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Hebung des Handels sowie die Washingtoner Konferenz zur Sprache.

Eine Besprechung im Kellerstreik.

Von der Pressestelle des Polizeipräsidiums wird amtlich mitgeteilt: Die für heute nachmittag anderäumte Sitzung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Gastwirtsgebet fand um 5 Uhr im Polizeipräsidium unter Leitung des Polizeipräsidenten statt. Als Gegenstand der Besprechung bezeichnen der Präsident, die Aufgabe der Polizei im gegenwärtigen Streik festzulegen und Ausschreitungen jeder Art zu vermeiden und ein Einschreiten auf das unbedingt nötige Maß zu beschränken. Im Zusammenhang hiermit erklärte er die der Polizei obliegende Pflicht der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit und mißbilligte jedes Ueberschreiten ihrer Befugnisse durch einzelne Organe. Nach eingehender Aussprache ergab sich, daß die Arbeitgeber verlangen, daß gewalttätige Ueberschreitungen des gesetzlichen Koalitionsrechts unterbleiben und daß die Arbeitnehmer ihrerseits gewillt seien, in diesem Sinne auf ihre Mitglieber zu wirken. Der Präsident ersuchte hierauf die Parteien, mit ihren Organisationen zu erörtern, ob die Annahme und Durchführung einer solchen Erklärung geeignet sei, eine Grundlage für ein Eintreten in Einigungsverhandlungen zu schaffen. Die Vertreter stellten in Aussicht, den Präsidenten beschleunigt über das Ergebnis ihres Vorschlages zu unterrichten.

Scharfe Kritik an Stegerwald.

Bei der Beratung des Haushaltes des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten im Hauptausschuß des Landtages nahmen unsere Genossen Veranlassung, die Politik des Kabinetts Stegerwald scharf unter die Lupe zu nehmen. Genosse Seering wies auf die Treibereien in der oberschlesischen Frage hin, die darauf hinausliefen, den Reichskanzler Birich zu stürzen. Daß diese Treibereien nicht geeignet seien, Eindruck im Ausland hervorzurufen oder gar die Entscheidung über Oberschlesien zu beeinflussen, liege auf der Hand. Seering fragte mit Recht, was die preussische Regierung getan habe, um einem solchen Druck auf die Reichsregierung entgegenzuwirken. Zur Ernährungsfrage gab Seering Kenntnis von Kundgebungen und Deputationen der Bergleute und Verkehrsarbeiter des Westens, welche

Streik und Selbsthilfe

androhen für den Fall, daß nicht in kürzester Zeit Kartoffeln zu erträglichen Preisen nach dem Westen kommen. Seering forderte scharfe Maßnahmen gegen wuchernde Landwirte und empfahl im Notfall Ausrüstung von Stöhrupps der Schutzpolizei, um die Lieferung von Kartoffeln zu erzwingen. Gegen diesen letzten Gedanken wandten sich sonderbarerweise die Kommunisten und Unabhängigen, weil sie davon eine Erschwerung des guten Verhältnisses zwischen Stadt und Land befürchteten.

Genosse Krüger rechnete in längerer Rede mit der reaktionären Politik des Kabinetts Stegerwald ab, wobei er besonders die Tätigkeit des Innenministeriums an einer Reihe von Beispielen kritisierte. Der Zentrumredner Nioft unterstrich scharf die Ausführungen Seerings über die Ernährungsfrage. Er machte der Landwirtschaft heftige Vorwürfe über ihr Wuchergehen und fürchtete das Schlimmste, wenn nicht in kürzester Zeit eine starke Preislenkung erfolge. Stegerwald beschränkte sich auf einige sehr kurze Bemerkungen. Ueber Oberschlesien könne er nichts Wesentliches sagen, da er zur vertraulichen Behandlung der Besprechungen im Reichskabinett verpflichtet sei. Zur Ernährungsfrage erklärte er, er verurteile das Bestreben, landwirtschaftliche Produkte sozulegen nur zum Goldpreis zu verkaufen. Außer allgemeinen Ermahnungen könne er aber besondere preussische Maßnahmen nicht in Aussicht stellen!

Das Urteil im Brandstifterprozeß. In dem Prozeß vor dem Schwurgericht Frankfurt a. M. gegen die sechs Angeklagten, die der Brandlegung am Kulissenhaus in der Oper beschuldigt waren, verurteilte das Gericht gestern wegen versuchter vorsätzlicher Brandstiftung drei Angeklagte zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis, wegen Beihilfe einen Angeklagten zu 1 Jahre, zwei weitere zu je 8 Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter, der erblindet ist, wurde bedingt bequadrigt.

rasende Altdäter- und Reutönerweis apart mischende, pathetisch schließende Finale. Dähle ging den Schwierigkeiten mit Liebe nach und überwand sie. Schon meldet sich ein ganzer und ganz großer Reutöner, Arnold Schönberg, mit Orchesterliedern op. 8. Ueberhöhung: Das könnte weit vor dem futuristischen Streichquartett op. 7 geschrieben sein, das ist ein herrlicher Rückschritt auf Wagner zu, wie in allem Besten, was dieser Führer uns bisher zu Herzen gesprochen hat. So würde diesen Betrarca-Sängen die Belohnungsschwere fehlen, wenn nicht eine so kluge Frau wie Nora Nilting. Woas ihre Liebe und ihre musikalische Kraft durch die steilen roten Hindurch und über ein lautes Orchester hinweg vibrierend fühlbar machte. Auch der „Rudakus“ im „Frühling“ von dem Engländer F. Delius ist in futuristischem, ist stille, aufmerksame, langsam vor Rendelsohn sich neigende Kadierung. Ewald Ernst Gebert dirigierte beide Werke mit Geschick und technisch korrekt. Daß er heute noch mehr kopiert als selbst schafft, sei seiner Jugend, nicht seinem Talent vorgehalten. Er löse sich vom Bann des Gedruckten und von der Imitation gelehrter Vorbilder! Fritz Reiner, der Dresdener Kapellmeister, verdient den Meisteritel schon mit Recht. Er dirigiert frei aus dem Handgelenk und aus dem Herzen heraus, ohne Partitur; er führt, er beschwingt, er steigert und er packt die Hörer. Statt Debussy bringt er den „Zauberlehrling“ von B. Dukas. Wieder eine Abkehr. Sehr geschickte, witzige, mit Pointen nicht geizende Salonmusik, in den Symbolen der Geisterwelt fast körperhaft hingestellt. Eine neue Sinfonie von Jean Ranen („Aona Catalonia“) ist schwach an Themen, blühend an Farben, sehr gekonnt im Satz und in der Instrumentation. Ihrer Länge entspricht bei weitem nicht ihr innerer Gehalt. Lafos op. 21 hätte unter den Händen des Geigers Ranen ein Ereignis werden können. Aber es blieb eine blasse, mit silberigem Fortenton virtuos hingelegte Fingerübung. Gibt Paganinis Geige nicht mehr Ton her oder hatte Ranen Furcht, ihr wehe zu tun, oder ist er kein Spanier mehr? Sein nächstes Konzert soll Antwort geben.

Furtwängler, der begehrteste und beweglichste aller Dirigenten, ein Phänomen an schneller Einfühlung, brillanter Technik, klarer Disposition und ein bischen jugendlich überschwänglicher Ungelassenheit, geht zunächst noch in großen Bogen um die Technik herum. Recht so. Zu einer richtigen neuzeitigen Ur- oder Erstausführung von Gewicht gehören viele Stunden des Studierens. Die hat er nicht, kriegt er nicht. Also zurück zum allmächtigen Beethoven, der nicht mehr geübt zu werden braucht, zu Schumann und Brahms, die die mehr Ritsch her im Blut der Philharmoniker sitzen. Vielleicht fühlt auch Furtwängler, der Erzmusikant, noch deutlicher als wir: Die Musik treibt zurück zu den alten Vätern und es beginnt das Modern der Modernen!

Woher kommt der heiße Oktober? Der „zweite Sommer“, der uns in diesem Herbst erfreut, bringt mit einer sonst im Oktober ganz unbekanntem Wärme auch ein merkwürdig neues Blühen und Leben in der Natur und erregt im Zusammenhang mit der großen Hitze dieses Sommers überhaupt die Aufmerksamkeit der Wetterkundigen. Manche Meteorologen neigen zu der Annahme, daß es sich hier um eine „kosmische“ Erscheinung handle, die mit einer „Zunahme der Sonnenenergie“ zusammenhängt. Der englische Naturforscher Oliver

Lodge bringt diese gesteigerte Tätigkeit der Sonne mit den Sonnenflecken in Zusammenhang und weist auf den elektromagnetischen Sturm hin, der sich im September ereignete. Nach seiner Ansicht wird die Sonnenenergie noch zunehmen, so daß wir eine längere Periode großer Wärme auf der Erde zu erwarten haben. Eine noch tübnere Theorie stellt der Meteorologe Marriott auf, der ebenfalls behauptet, daß die Welt sich jetzt in dem heißesten Stadium seit ihrer Entwicklung befinde. Nach seiner Ansicht haben die „Eisperioden“ einen größten Zwischenraum von etwa 32 000 Jahren, und wir sind gegenwärtig von dem Beginn der letzten Eiszeit 16 000 Jahre entfernt, so daß wir uns also auf der Höhe der Entwicklung zur Wärme befinden, während in 16 000 Jahren wieder ein Maximum von Kälte erreicht wäre. Wie dem auch sei, wir wollen uns des späten Sommers freuen.

Otto v. Gierke †. Am Montag abend starb in seiner Charlottenburger Wohnung nach kurzem Leiden der Rechtslehrer an der Berliner Universität Otto v. Gierke im 81. Lebensjahre. In Gierke verliert die deutsche Rechtswissenschaft einen hervorragenden Vertreter jenes Kreises, in dem die Namen Kohler, Witz, Binding und Brunner einen bedeutenden Klang hatten. Gierkes Lebensarbeit war der Erforschung des deutschen Genossenschaftsrechts gewidmet, das er jedoch hauptsächlich in seinen geschichtlichen und individualistischen Wurzeln unteruchte, ohne es in Einklang mit soziologischen Problemen zu bringen. So fehlt diesem Werk trotz tiefgründiger Gelehrsamkeit die rechte fruchtbare Auswirkung. Gierke arbeitete ferner an hervorragender Stelle am Bürgerlichen Gesetzbuch mit. In streng konservativen Anschauungen erzogen, schloß sich Gierke nach der Revolution den Deutschnationalen an, schied jedoch mit einem für diese Partei recht beschämenden Brief aus, da gewisse nationalistische Kreise seine Tochter Anna v. Gierke wegen der jüdischen Herkunft ihrer Mutter auf das geschäftigste angegriffen hatten.

Auch eine Flucht in die Öffentlichkeit. Wilhelm Bode, der frühere Generaldirektor unserer Museen, hat im Gegensatz zu der altpreussischen Beamtentradition eine äußerst unbürokratische Art zu reden und von sich reden zu machen. Leider stimmt dabei nicht immer alles, wie erst neulich der Fall Scheffler bewies. Jetzt beklagt Herr Bode sich darüber, daß ihm das Charlottenburger Wohnungsamt in seiner Villa Zimmer wegenommen und ihn dadurch zur Berührung eines Teiles seiner Bibliothek gezwungen hat. Irigendwie wird dabei auch das Kultusministerium herangezogen. Dieses läßt nun feststellen, daß es sich für Bode bemüht hat, daß ferner die wertvollsten Stücke der Bodeschen Bibliothek von diesem an die Bibliotheken der staatlichen Museen geschenkt oder verkauft sind. Es ist also von hier aus gesehen, was geschehen konnte.

Halten wir dem temperamentvollen alten Herrn zugute, daß er offenbar mit seiner aufeigene Hand unternommenen Wohnungspolitik nicht zu Ranke gekommen ist und sich nun für dieses und einiges andere Lust machen will. Möge die Reklame, die dabei für die Auktion seiner Bibliothek (natürlich ungewollt) herauspringt — sie findet bei Lepke statt —, ihn einigermaßen schablos halten.

Die Eismeer-Expedition Eberdrups. Die Handelswege nach Schibirien erschließen sollte, ist mit dem Eisbrecher „Venin“ und vier anderen Fahrzeugen aus Sibirien zurückgekehrt. Die Fahrzeuge sind mit Graphit, Albit, Feisen und anderen sibirischen Produkten beladen. Zwei andere Fahrzeuge mit Getreide befinden sich auf dem Wege nach Archangelst. Das Resultat der Expedition wird von Eberdrup als hervorragend bezeichnet.

Kündgebung gegen den Kartoffelwucher.

Die Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, die am 11. Oktober in Berlin tagte, nahm einstimmig folgende Entschliessung an, die den zuständigen Behörden übermittelt wurde:

„Durch den unerhörten Wucher auf dem Kartoffelmarkt ist die Versorgung der Industriebewohner mit Kartoffeln in Frage gestellt. Die verlangten hohen Preise sind durch die Gestehungskosten in keiner Weise begründet. Die Erbitterung der Arbeiter, besonders der Bergarbeiter, bei denen die Einkellerung von Kartoffeln für den Winter üblich ist, steigt von Tag zu Tag. Die Erbitterung ist um so größer, da infolge der hohen Preise für Gemüse (Weißkohl, Schnittbohnen) auch hier eine Eindeckung für den Winter unterbleibt. Wird hier nicht Abhilfe geschaffen, sind ernste Unruhen zu befürchten. Infolge Wagenmangels wird die Belieferung der Industrieviertel mit Kartoffeln erschwert und der Wucher begünstigt. Indem die Reichsregierung auf die schweren Gefahren aufmerksam gemacht wird, ersuchen die Konferenzteilnehmer dringend, dem Wucher mit allen Mitteln entgegenzutreten. Wird diesem nicht Einhalt geboten, sind die Folgen unabsehbar und die Verantwortung dafür fällt auf die Regierung.“

Demagogische Kartoffelpolitik.

Die deutschnationale Landtagsfraktion in Preußen betreibt gegenwärtig eine Politik der Demagogie, deren unverkennbarer Zweck es ist, die wertvolle Bevölkerung über den wahren Charakter dieser Partei der Agrarier und Volksausbeuter hinwegzutäuschen. Wie wir gestern morgen mitteilten, hat die deutschnationale Landtagsfraktion einen längeren Antrag eingereicht, der sich mit dem Dienstverdienst der Beamten und Lehrer beschäftigt. Wie nunmehr mitgeteilt wird, brachten die Deutschnationalen im Landtage ferner eine Anfrage über die Kartoffelversorgung im kommenden Winter ein, in der die Regierung um Mitteilung ersucht wird, ob sie bereit sei, die Bevölkerung über die Möglichkeit der Versorgung im ganzen Wirtschaftsjahr aufzuklären, umfassende Maßnahmen gegen eine etwaige Verschiebung von Kartoffeln in das Ausland zu treffen, ausreichende schleunige Wagenstellung in den hauptsächlichsten Kartoffelverlandsgebieten zu veranlassen und eine Verbilligung der Frachten für Kartoffeltransporte herbeizuführen?

Der Zweck dieser Anfrage ist nur zu durchsichtig. Infolge des ständig wachsenden Kartoffelwuchers, der erst kürzlich in einer Rundgebung des Bergarbeiterverbandes in Bochum lebhaften Ausdruck fand, fürchten die hinter den Deutschnationalen stehenden agrarischen Kreise, der Bevölkerung könnten allmählich darüber die Augen geöffnet werden, wo die Wucherer und Feinde der städtischen Bevölkerung zu suchen sind. Dieser ständig wachsenden Erkenntnis sucht die Anfrage entgegenzuwirken, indem sie auf Dinge verweist, die in der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln nur eine sekundäre Rolle spielen. Selbstverständlich ist die ganze Bevölkerung an einer Verbilligung der Kartoffeltransporte außerordentlich interessiert. Jede Verbilligung jedoch, mag sie noch so beträchtlichen Umfang annehmen, wird illusorisch, wenn die Agrarier eine Produzentenpolitik treiben, deren Ziel nicht die Ernährung der Bevölkerung der Städte, sondern die Anhäufung von Kapitalien auf dem Lande ist. Hoffentlich bringt die Regierung des Herrn Stegerwald so viel Mut auf, um den deutschnationalen Antragern die richtige Antwort zu erteilen.

Urteil im Velberter Hochverratsprozess.

Im Reichsgerichtsprozess gegen die 13 Personen, die angeklagt sind, im August des vergangenen Jahres in Velbert (Rheinland) und Umgebung den Versuch gemacht zu haben, die Kaiserrepublik zu errichten, wurde Mittwoch nachmittag das Urteil verkündet. Wegen Hochverrats erhielt der Angeklagte Graf fünf Jahre sechs Monate Festungshaft, wegen Beihilfe wurde der Angeklagte Wattersbach zu drei Jahren, die übrigen Angeklagten zu Festungstrafen von einem Jahr drei Monaten bis zwei Jahren verurteilt. Wegen Mittäterschaft wurde der Angeklagte Löwenthal zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Strafe gilt als durch die Unteruchungshaft verbüßt. Der Angeklagte Thomas wurde freigesprochen. In der Urteilsbegründung wird angeführt, als erwiesen sei anzunehmen, daß die Angeklagten keinesfalls aus ehrlicher Gesinnung gehandelt hätten. Die Unteruchungshaft wird zum größten Teil ungedehmet. Die Kosten fallen, soweit Verurteilung erfolgte, den Angeklagten, soweit es zur Freisprechung kam, der Staatskasse zur Last. Die Haftbefehle werden außer gegen drei Angeklagte, bei denen Fluchtverdacht vorliegt aufgehoben.

Syndikalistenvorstoß gegen Lenin.

Der Kongress der anarcho-syndikalistischen „Freien Arbeiterunion“, der kürzlich in Düsseldorf tagte, sandte an eine Reihe von Staatsoberhäuptern Telegramme, in denen er die Freisetzung der in revolutionären Unruhen verhafteten Arbeiter fordert. Von Interesse ist die folgende Protestkundgebung, die nach Rußland an die Adresse Lenins gedröhrt wurde:

Genossen! Der am 11. Oktober 1921 in Düsseldorf tagende Reichskongress der Freien Arbeiterunion, Syndikalisten Deutschlands, erhebt gegen die noch immer fortgesetzte Inhaftierung zahlreicher wahrhaft revolutionärer Kameraden anarcho-syndikalistischer Weltanschauung flammenden Protest. Die deutschen Syndikalisten erwarten von Euch — den kapitalistischen Regierungen aller Länder als Beispiel dienend — die sofortige Freilassung unserer Kameraden. Gleichzeitig protestiert der Kongress gegen die Landverweisung der Genossen Wollin, Eichenbaum mit Frau und 4 Kindern, Mark Wraschin mit Frau, vier Studenten. Der Reichskongress der F.A.U.D.

Man wird auf die Antwort gespannt sein dürfen, die Lenin auf diese ihm zweifellos unliebame Feststellung erteilen wird. Was werden ferner die deutschen Kommunisten dazu sagen, die mit Enttäuschung die Behauptung zurückweisen, daß das Recht auf freie Meinungsäußerung in Rußland völlig getrübt am Boden liegt?

Der Erfolg der Saardelegation.

Frankfurt a. M., 12. Oktober. (W.T.B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Saarbrücken: Gegenüber den Ausstreunungen der Westpropaganda, die Delegation der Saardelegation habe in Genf nichts ausgerichtet, stellt nunmehr die Abordnung in einem offiziellen Bericht fest, daß sie von maßgebenden Mitgliedern des Völkerbundes und zahlreichen Delegierten der Völkerbundesversammlung empfangen worden sei; nur Leon Bourgeois lehnte den Empfang ab. Die Abordnung habe die Ueberzeugung gewonnen, daß der unternommene Schritt zur Erleichterung der wirtschaftlichen und politischen Nöte des Saargebiets beitragen werde.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin fällt heute abend 10 Uhr auf Antrag durch die Vertreter der Versicherungsgesellschaften, unter Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Dr. Sello, einen den Forderungen der Arbeitnehmer annähernd entsprechenden Schiedsspruch, wonach denselben ca. 30 Prozent Erhöhungen der bisherigen Bezüge gewährt werden sollen.

Danzig als Ordnungszelle.

Aus Danzig wird uns geschrieben: Das hiesige Schwurgericht verurteilte am Montag nach sieben-tägiger Verhandlung die beiden kommunistischen Volkstagsabgeordneten Kahn und Schmidt zu je einem Jahr Festung wegen Vergehens gegen § 105 des Strafgesetzbuches. Den beiden Angeklagten wurde zum Vorwurf gemacht, versucht zu haben, den Volkstag zu sprengen bzw. zu einer Beschlusfassung zu nötigen. Die Angeklagten befanden sich seit dem 4. August 1921 in Haft.

An diesem Tage hatten die freien Gewerkschaften und die drei Arbeiterparteien einen Generalstreik beschlossen, um gegen die arbeiterfeindliche Politik des deutschnational orientierten Senates zu protestieren, nachdem eine beabsichtigte Demonstration verboten worden war. Der Verlauf des Generalstreiks war über Erwarten glänzend. Am Tage des Generalstreiks wurde der Volkstag einberufen, um über die Neuordnung der Getreidewirtschaft zu beraten. Obwohl dem Senat bekannt war, daß die Linke ihm nicht

Haß und Verachtung

gegen die sozialistischen Arbeiter, Angestellten, Beamten und Gewerbetreibenden spricht aus jeder Zeile der bürgerlichen Zeitungen und Flugblätter. Dieser Haß soll die

bürgerlichen Wähler aufpeitschen und sie bis zum letzten Mann am Sonntag zur Wahl treiben.

Wir hassen nicht,

aber wir wollen unser Recht. Du wirst sicher in diesem Kampfe für deine Interessen nicht zu Hause bleiben wollen. Gehe zur Wahl!

Stimme für die SPD.!

das Recht einräumte, die Angelegenheit durch Berordnung zu regeln, versuchte es der Senat dennoch, und die Erregung steigerte sich, als man das Volkstagsgebäude durch Sicherheitspolizei mit Stahlhelmen und Handgranaten besetzt fand. Hinzu kam noch, daß der Senat in einem Aufruf die Führer der Arbeiterschaft als Verbrecher und Heher bezeichnete.

In der Tagung kam es zu Sturmzügen, und plötzlich erschien auf einen Wink des Polizeipräsidenten Schümmer Polizei im Saal und verhaftete die Abgeordneten Kahn und Schmidt. Ihre Berufung auf die Immunität wurde zurückgewiesen. Obwohl die Abgeordneten der Linken einschließend der Polen übereinstimmend erklärten, daß die beiden Verhafteten sich an dem Tumult nicht beteiligt hätten, kam es zu dem Verfahren mit dem oben erwähnten Urteil, wobei gefälschte Spiegelberichte über kommunistische Aufschubschritte eine große Rolle spielten.

In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß die Angeklagten nicht aus Eignung, sondern aus Interesse zu ihrer Partei gehandelt hätten; es müsse jedoch berücksichtigt werden, daß sich ähnliche Vorgänge wiederholt im Danziger Parlament ereignet hätten, ohne geahndet worden zu sein. Uns interessiert nicht die Person der Angeklagten, deren Handlungen weder bei der sozialdemokratischen Arbeiterschaft noch selbst bei weiter linksstehenden Arbeitern Billigung finden. Nach dem vorliegenden Urteilspruch besteht jedoch die Gefahr, daß künftighin der Polizeibürokrat entscheidet, ob eine Obstruktion das Maß des Zulässigen überschreitet oder nicht. Für eine solche unwürdige Stellung der gesetzgebenden Körperschaft wird man in Deutschland wohl kein Verständnis aufbringen.

Oesterreich und Ungarn verhandeln.

Venedig, 11. Oktober. (W.T.B.) Die Vertreter Oesterreichs und Ungarns, die sich auf Einladung des Ministers Della Torretta hier eingefunden haben, trafen heute zu einer Sitzung zusammen. Nachdem der italienische Minister das Ziel der Zusammenkunft dargelegt hatte, zog sich die ungarische Abordnung zurück. Darauf sprach sich die österreichische Abordnung über die Einzelheiten ihrer Auffassung der zur Erörterung stehenden Frage aus. Das gleiche geschah seitens der ungarischen Abordnung, nachdem die Vertreter Oesterreichs den Verhandlungsraum verlassen hatten. Die Konferenz gelangte zu einem Einverständnis über die Notwendigkeit, vor allem die praktischen Maßnahmen zu erwägen, die getroffen werden müßten, um eine Durchführung der zu fassenden Entschliessungen sicherzustellen. Am Abend soll eine zweite Sitzung stattfinden.

Neubefehung des Breslauer Polizeipräsidenten. Wie die W.N. hören, ist zum Polizeipräsidenten von Breslau an Stelle des zur Disposition gestellten Regierungsrats Liebermann der bisherige Oberstaatsanwalt in Landsberg a. d. W., Kleinböhmner, ernannt worden.

Ältester Familienstreik. Nach längerer Verhandlung vor dem Landgericht Potsdam wurde gestern Eitel Friedrich durch einstweilige Verfügung verurteilt, den Sohn der Prinzessin Joachim, den er seinerzeit an sich genommen hatte, an diese herauszugeben und bei ihr bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Streitens zu belassen.

Loucheurs Saarcrise. Die Meldung des „Intransigent“ über den Besuch des französischen Ministers Loucheur, bei welcher Gelegenheit er den Präsidenten der Saarregierung auf die Wichtigkeit seiner Tätigkeit für Frankreich und auf seine Mission als Saargebiet hingewiesen hat, hat in den französischen Kreisen der Saarregierung, wie W.T.B. meldet, große Bestimmung hervorgerufen, weil die Mitteilung Loucheurs rein vertraulichen Charakter trug.

Eine baltische Sozialistenkonferenz. Am 17. und 18. Oktober findet, wie O.E. meldet, in Riga eine Konferenz der finnischen, estnischen, lettischen und litauischen Sozialisten statt, an der auch Vertreter des jüdischen „Bundes“ teilnehmen. Die Hauptpunkte des Programms betreffen die Vereinheitlichung der Parteipolitik in außenpolitischen Angelegenheiten. — In Riga sind in der letzten Woche zwölf hervorragende Führer der lettischen Gewerkschaftsbewegung verhaftet worden, darunter drei Mitglieder der Leitung des Eisenbahnerverbandes.

Sozialrevolutionäre und Bolschewiken. „Korobin Wsta“ meldet, einige Führer der russischen sozialrevolutionären Parteien sind nach Prag abgereist, um an einer Besprechung unter Kerenkys Vorbehalt teilzunehmen. Die Sozialrevolutionäre erklären sich angeblich bereit, in die Koalitionsregierung einzutreten, falls die Bolschewiken sich entschließen, die Konstituante einzuberufen, eine Amnestie zu erlassen und den sozialrevolutionären Führern für ihre Heimkehr verlässliche Bürgschaften zu geben.

Wirtschaft

Neuer Sturz der Mark.

Nachdem die Kursbewegung der Mark in der letzten Woche auf einem gewissen Ruhepunkt angelangt war und man damit rechnen konnte, daß die Verschlechterung für eine Weile aufgehört habe, trat gestern an der Berliner Börse ein neuer Kurssturz ein. Zurückgeführt wird er auf die Meldungen von dem ungünstigen Entscheid über Oberschlesien. Dieser Zusammenhang besteht zweifellos, zumal die bisherigen Mitteilungen über eine Teilung Oberschlesiens zu den bekannten Krisengerüchten geführt haben, die die nächste Zukunft der deutschen Wirtschaftsentwicklung unübersichtlich machen. Es ist aber immerhin bezeichnend, wie die Spekulation diesen Umstand sofort ausgenützt hat, um alle etwaigen Wirkungen des Schiedspruches über Oberschlesien vorweg zu nehmen. Der Dollar, der bisher zwischen 122 und 124 Mark schwankte, ging sprunghaft bis auf 131,60 M., und es fanden sich auch an der Berliner Börse genügend Käufer für die polnische Mark, die sofort auf 3,50 Deutsche je hundert polnische Mark in die Höhe schnellte. Es ist zwar immerhin noch ein verzeihlich niedriger Kurs, zeigt aber, wie die deutsche Spekulation auch die guten Aussichten Polens sich zunutze zu ziehen weiß. Die wichtigsten Veränderungen der Devisenkurse zeigt die nachstehende Tabelle:

	am 28. 7.	1. 10.	8. 10.	11. 10.	12. 10.
100 holl. Gulden	2477,50	8806,10	8906,—	8906,—	4895,60
1 Wd. Sterling	289,70	482,50	467,—	468,—	509,45
1 Dollar	81,08	124,37	122,87	121,62	131,86
100 franzöf. Fr.	620,85	874,10	891,10	891,10	961,50
100 Schweiz. Fr.	1321,15	2147,85	2167,80	2232,75	2437,55
100 österr. Kr.					
abgestempelt	9,13	7,82	6,68	6,68	6,68
100 tschech. Kr.	101,25	127,35	130,45	132,10	140,85

Jedemal, wenn sich Anzeichen auf Besserung der deutschen Wirtschaftslage zeigen, haben außenpolitische Momente einen neuen Sturz der Mark herbeigeführt. Man erinnere sich an die verhängnisvollen Folgen, die die Sanktionspolitik der Entente auf die Kaufkraft der Mark ausgeübt hat. Ganz gleich, ob die Spekulation mit ihrem Pessimismus diesmal recht hat oder nicht — leider muß man annehmen, daß sie recht behält —, bedeutet der neuerliche Valutasturz eine weitere Schwächung der deutschen Kaufkraft am Weltmarkt und eine Begünstigung des deutschen Schwebereportes, über die sich die Länder mit hoher Valuta heute schon schwer zu beklagen haben und die die unmittelbare Ursache der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern ist. Die Reparationsverpflichtungen des Reiches aber, die in Goldmark zu entrichten sind, steigen mit dem Kurssturz der Mark, und von der Finanznot ist kein Ende zu sehen.

So richtet sich ein ungünstiger Entscheid über Oberschlesien, wie er mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, letzten Endes gegen die Erfüllung der Reparationszahlungen und macht damit alle die Erfolge zunichte, die auf dem Gebiete der wirtschaftspolitischen Verständigung zwischen den einzelnen Staaten in letzter Zeit erzielt worden sind.

2 1/2 Prozent Umsatzsteuer?

Bisher beträgt die allgemeine Umsatzsteuer, die eine schwere Belastung des Verbrauchs darstellt, 1 1/2 Proz. Die Regierung hat bei ihrem neuen Steuerprogramm vorgeschlagen, diesen Satz auf 3 Proz. zu erhöhen und auch für den Außenhandel ihn in stärkerem Maße als bisher zur Anwendung zu bringen. Nunmehr hat der Reparationsausschuß des vorl. Reichswirtschaftsrats sich mit der Steuer beschäftigt und kam zu dem Ergebnis, daß ein Steuerfuß von 2 1/2 Proz. vorgeschlagen werden soll. Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Industrie erklärten dabei, daß man ebenso wie bei den anderen Steuern auch bei der Umsatzsteuer bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit gehen müsse, um dem Reich die Erfüllung der Verpflichtungen des Reiches zu geben. Gegen diesen Satz waren die Vertreter des Handels, der Landwirtschaft und der Verbraucher. Da der Vertreter des Reichsfinanzministeriums ihn für diskutabel erklärte, dagegen gegen eine Ermäßigung auf 2 Proz. Einspruch erhob, ist schon jetzt damit zu rechnen, daß die jetzige Umsatzsteuer mindestens um 1 Proz. erhöht wird.

Damit würde also die Belastung, die der Verbrauch im allgemeinen erfährt, ganz bedeutend gesteigert werden. Es ist nun zu fordern, daß auch der Befehl über die bisher immer abgewälzten Papiermarksteuern hinaus zur steuerlichen Leistung herangezogen wird.

An der Umsatzsteuer nahm der Reichswirtschaftsrat einige Änderungen vor, die insbesondere dem Außenhandel gewisse Erleichterungen gewähren, eine Forderung, die für die Ausfuhr erst dann berechtigt sein wird, wenn wieder normale Valutaverhältnisse eintreten. Augenblicklich wird an der Ausfuhr ungeheuerlich verdient. Weiter wird eine Ausgestaltung der Umsatzsteuer für die Zukunft angeregt des Sinnes, daß die Steuerentrichtung vereinfacht wird.

In der Frage der Luxussteuer wurde eine Entschliessung gefaßt, die eine Reform dieser jetzt oft recht ungerecht wirkenden Steuer anstrebt. Sie verlangt, daß der Reichsrat ermächtigt werden soll, einzelne Gegenstände von der erhöhten Umsatzsteuer zu befreien, andere damit zu belasten. Im einzelnen soll vor Erlass solcher Bestimmungen ein Sachverständigenausschuß des Reichswirtschaftsrats herangezogen werden.

Warum die Zeitungen so teuer sind, wurde an Hand der Wuchergewinne der Papierindustrie wiederholt dargelegt. Jetzt kommt die Ammendorfer Papierfabrik mit einem Abschluß heraus, der es ihr ermöglicht, auf das neuerdings verdoppelte Aktienkapital wieder 60 Proz. Dividende wie im Vorjahr zu verteilen, nachdem sie in den Jahren 1918 und 1919 86 und 60 Proz. ausgeschüttet hatte. Diese Kriegeninne zeigen den Wucher in der Papierfabrikation, der selbstverständlich eine Steigerung der Papierpreise und damit der Zeitungspreise zur Folge hat.

Erweiterung eines Braunkohlenwerkes. Die der Deutsche Erdölaktiengesellschaft gehörigen großen Kössiger Braunkohlenwerke sollen durch andere, denselben Konzern gehörige Werke erweitert werden, und zwar in der Weise, daß Verwaltungen und Betriebe verschmolzen werden. Man rechnet dadurch auf größere Ausnutzungsmöglichkeiten. In dem Vorgang macht sich wiederum die Tendenz der Privatindustrie zur trustartigen Zusammenfassung der Betriebe bemerkbar. Bei den Braunkohlenunternehmungen kommt gleichzeitig die Verwertung der Braunkohle als Heizstoff und die Gewinnung von Nebenprodukten (Teer, Motoröl usw.) in Betracht. Die Betriebszusammenlegung, die immerhin für die neuere Entwicklung in der Braunkohlenindustrie bezeichnend ist, gibt auch den Aktionären durch eine Kapitalerhöhung mit gutem Bezugsrecht etwas zu verdienen. Das ist ja schließlich der Zweck der Uebung. Die Allgemeinheit beghabt diesen Gewinn durch die kürzlich erfolgte Verdoppelung der Zölle, die der Braunkohlenindustrie ebenso wie verschiedenen anderen Gewerbezweigen die Konkurrenz des Auslands vom Halse hält, aber den Verbrauch belastet.

Verwertung russischer Almetalle durch Deutschland. Unter der Firma Deutsch-Russische Metallverwertung Gesellschaft m. B. H. (Derumetall) ist von Herrn Stomontoff, dem Handelsvertreter der russischen Regierung in Berlin, und Herrn Kommerzienrat Korbert Levy, in Firma Levy u. Co., eine Gesellschaft begründet worden, die für Rechnung der russischen Regierung in Rußland lagernden Almetalle, Schrott, Mineralien usw. von dort zur Verwertung ausführen wird. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Berlin. Das Kapital beträgt vorläufig zwei Millionen Mark. Es sollen sehr bedeutende Mengen Almetalle und Schrott zur Verladung bereitliegen, die dem deutschen Markt angeführt werden sollen. Eine größere Menge soll noch im Laufe dieses Monats von Petersburg verschifft werden.

Gewerkschaftsbewegung

Kongress der Syndikalisten.

In Düsseldorf begann am 9. Oktober der 13. Kongress der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der früheren Lokalfisten. Unter der Leitung von Fritz Kater, Berlin nehmen an ihm zirka 500 Delegierte teil, außerdem verschiedene Vertreter syndikalistischer und anarchistischer Organisationen aus Holland, Skandinavien, Frankreich und anderen Ländern. In der Eröffnungsansprache führte der geistige Führer der „Union“, Rudolf Kader, aus, daß die deutsche Mehrheitssozialdemokratie unzulänglich seit dem letzten Kongress vor 2 Jahren einen gewaltigen Machtzuwachs erfahren und die herrschende Arbeiterpartei geworden sei, neben der USF, und KPD nicht aufkommen können. Diese herrschende Arbeiterpartei habe aber in Göring vor dem Kapitalismus kapituliert. Die in Rußland mit der ungeliebten „Diktatur des Proletariats“ gemachte Probe aufs Exempel habe bewiesen, daß die Befreiung des Proletariats nie auf dem Wege irgendeiner Diktatur geschehen kann. In Rußland habe sich die Diktatur einer Partei zu einer Diktatur weniger Personen entwickelt, zu einer Oligarchie, die neue privilegierte Klassen schafft und naturgemäß den Kapitalismus in seine alte Machtposition wieder einleitet. Kader prophezeite für die nächsten Jahre eine weitere Entwicklung nach rechts, bei der die syndikalistische Bewegung sich auf die Erhaltung und Festigung ihres Einflußgebietes beschränken müsse.

Der Kongress steht unter dem Zeichen heftiger innerer Kämpfe, die schon in den Debatten über die Tagesordnung sich bemerkbar machten. Der Versuch der KPD, eine „kommunistische Fraktion“ aus „etwasigen Parteimitgliedern“ und den Delegierten zu bilden, scheiterte zwar kläglich; aber eine gewisse Gruppe von „Individual-Anarchisten“, die in Pierre Ramus (Großmann-Wien) ihren Führer sieht, findet die jetzige Verfassung der F. A. U. D. und die Berliner Geschäftsmission noch zu autoritär. Die Geschäftsmission war zwar mit der Heranziehung von Ramus als Referenten einverstanden. Der Antrag wird aber kaum verwirklicht werden, weil Ramus die Einreiseerlaubnis nicht erhalten hat. Am ersten Verhandlungstage wurde eine Protesterklärung angenommen, die sich gegen den in Amerika begangenen Justizmord an syndikalistischen Führern und gegen die Syndikalistenverfolgungen seitens der spanischen und der russischen Regierung richtet.

Für den Kongress sind sechs Verhandlungstage vorgesehen. Wir werden über das Ergebnis am Schlusse der Tagung zusammenfassend berichten.

Ausfahrungen in der Berliner Zigaretten-Industrie!

Von dem Industrierrat der Berliner Zigaretten-Industrie Groß-Berlins wird uns u. a. geschrieben:

Die Ausfahrungen in der Zigaretten-Industrie Groß-Berlins beginnt 7500 Arbeitnehmer mit ihren Familien werden erneut der Geschäftspolitik der Unternehmer ausgeliefert. Hunger und Not überzieht die Angehörigen einer ganzen Industrie. Keine zwei Monate sind verstrichen, seitdem die Ortsgruppe Berlin des Reichsverbandes der Zigaretten-Industriellen durch Rundschreiben ihre Mitglieder aufforderte und verpflichtete, alle Arbeitnehmer auszusperren, mit dem Hinweis, daß die Ausfahrungen zu erfolgen hat, selbst wenn ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht.

Die jetzige Ausfahrungen richtet ihre Spitze gegen das Reichsamt und Reichsfinanzamt. Der Zweck der Knechtung ist, mit der Ausfahrungen von tausenden Familien auf die Kemer zu wirken, um einen Nachschuß der Steuer des Tabokes und des Goldgolles zu erzielen.

Die gesamte Arbeiterschaft der Industrie verlangt von der Regierung Schutz gegenüber der willkürlichen Ausfahrungen der Unternehmer. Die Arbeiterschaft stellt sich die Aufgabe der besoldeten Aufsichtorgane anders vor, als wie diese Herren bis heute ihre Pflicht ausübten. Kommt z. B. eine Delegation der einzelnen Betriebe zu dem Demobilisationskommissar, den Zoll- oder Finanzämtern, so ist Aufseher die Antwort. Die Behörde läßt die Unternehmer ruhig gewähren. Es kümmert diese Herren gar nicht, ob die Demobilisationsverordnungen sabotiert oder erfüllt werden.

Die Vertreter des Proletariats rufen wir öffentlich zum Schutz auf gegen die Willkür der Unternehmer und die Lässigkeit der Regierung und der zuständigen Ressorts. Wir verlangen, daß der Demobilisationskommissar und die Regierung hier eingreift und die beginnende Ausfahrungen in der Zigaretten-Industrie unterbindet.

Neue Drangsalierungen der Postangestellten.

Darüber, ob und wie die Angestellten im Postbetrieb, die nicht durch einen Rückgang des Verkehrs überzählig werden, entlassen werden sollen, schweben zurzeit neue Verhandlungen. Für die Zwischenzeit bis zum Abschluß dieser Verhandlungen ist vom Reichspostminister zugestanden worden, daß keine Entlassungen stattfinden sollen. Trotzdem verläßt die Oberpostdirektion Berlin, die Angestellten mit allen möglichen Mitteln aus dem Betrieb zu drängen. So wird den Angestellten neuerdings sofortiger Urlaub bis zum Ablauf der Kündigungsfrist unter Be-

lassung der vollen Bezüge angeboten, wenn sie bereit sind, einen Kevers zu unterschreiben, durch den sie mit der Kündigung vorbehaltlos einverstanden sind und sich aller Ansprüche begeben. Man schürt vor, daß diese Beurlaubungen im Interesse der Angestellten erfolgen, damit sie sich nach anderer Arbeit umsehen können. In Wahrheit ist es der Oberpostdirektion nur darum zu tun, die eingearbeiteten Hilfskräfte sofort loszumerden, und an ihrer Stelle die jungen Mädchen zu behalten. Das Postministerium soll vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Wir können nicht umhin, dieses Vorgehen in Anbetracht des Zuständnisses des Ministers und der schwebenden Verhandlungen als recht eigenartig zu bezeichnen. Es ist nichts weniger als loyal. Die Angestellten werden hoffentlich auf den Dreck nicht hereinfallen. Nebenbei bemerkt ist das Verfahren auch eine neue Art Sparmaßnahme!

Die Schutzpolizei gegen Streikende.

Das Arbeitnehmerkartell des Gastwirtsgewerbes meldet: „Am Montag nachmittags 1/5 Uhr forderte der Wachtmeister Schmoz von der 4. Hundertschaft, Pol.-Wstg. Vinden vor dem Café Bonn die Josepha Schachta auf, weiterzugehen und stieß sie dabei fortwährend ins Gesicht. Als das Mädchen sich das nicht gefallen ließ, rief Schmoz den Unterwachtmeister Waterstadt von derselben Hundertschaft zu Hilfe, worauf beide das Mädchen abführten. Zeugen des Vorfalls sind dem Polizeipräsidium namhaft gemacht worden.“

Im Café Schön, Unter den Linden 45, halten sich ständig zwei Schupo-Beamte auf, einer steht gewöhnlich in der Fernsprechzelle. Speise und Trank erhalten sie, soviel sie wollen.

Im Café Bauer sind ständig vier Schupo-Beamte stationiert, einer davon hält das Telefon in der Theaterkassette besetzt.

Im Hotel Töpfer, Dorotheenstr. 66, liegen ebenfalls dauernd zwei Schupo-Beamte. Ein dritter steht ständig vor der Tür. Er wird viertelstündlich abgeholt und animiert das Publikum zum Eintritt. Dafür wird er natürlich gut vergelohnt.

Wenn wird der Herr Polizeipräsident diesem Unfug ein Ende machen? Wann wird er die Schupo-Beamte, die angeblich dem Schutze der Entente-Missionen dienen, in die Hotels zurückziehen, statt sie vor den Türen stehen zu lassen, wo sie nur das Verhalten der Streikbrecher begünstigen und die übrige Arbeiterschaft ausreizen?

Hoffentlich tritt Abhilfe ebenso prompt ein, wie vom Polizeipräsidium die Streikposten bestraft (!) werden. Am 10. Oktober wird nachmittags ein solcher „Verbrecher“ festgestellt, und bereits am 11. Oktober mit erster Post hat er die Strafverfügung (Mittenzelchen 10. S. 287/21) über 30 M. in Händen.“

Bei dieser Gelegenheit muß denn doch einmal die Frage aufgeworfen werden, ob der Zustand beibehalten werden soll, daß Beamte der Schutzpolizei sich in Streikfällen von den Unternehmern als ganz selbstverständlich mit Speisen, Getränken und Zigaretten oder Zigaretten traktieren lassen. Sie können Beamte ihre Unparteilichkeit gegenüber den Streitenden und den bestreikten Unternehmern bewahren, wenn sie sich von ihnen regalarieren lassen? Das aber muß die Arbeiterschaft in ihren Kämpfen schon verlangen, daß die Sicherheitsorgane unparteilich sind. Sobald sie aber von den Unternehmern Getränke, Essen und anderes annehmen, werden sie unwillkürlich zugunsten der Unternehmer, gegen die Streitenden, beeinflusst. Bezahlt werden die Beamten aber mit von den Steuergeldern der Arbeiterschaft. Den sozialistischen Vertretern im Landtag erwächst die Pflicht, darauf zu dringen, daß diesem Mißstand gründlich abgeholfen wird, nachdem alle bisherigen Hinweise darauf in der Presse versagen.

Streik in der Hut- und Mützenbranche.

Nach Ablauf des Tarifvertrages gepflogene Verhandlungen zerfielen sich, weil die Arbeitgeber nur geringe Zugeständnisse machten. Um jedoch einem Streik vorzubeugen, riefen die Arbeitgeber den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung an. Der Schlichtungsausschuß billigte den Angestellten erhebliche höhere Zugeständnisse zu und trat dafür ein, daß das neue Abkommen bei den selbst von ihm als noch außerordentlich niedrig bezeichneten Gehältern um einen Monat zurückdatiert, d. h. ab 1. September 1921, wirksam werden sollte. Weiter setzte der Schlichtungsausschuß als Ablauftermin des Vertrages, dem Antrag der Angestellten entsprechend, den 30. November 1921 fest.

Die Angestellten nahmen den Spruch an, trotzdem er sie in geldlicher Beziehung nicht ganz befriedigte. Die Arbeitgeber lehnten jedoch den Spruch ab, weil sie weder mit dem Ablauftermin des Vertrages noch mit der Rückdatierung um einen Monat einverstanden sind. Daraufhin haben die Angestellten den Streik beschlossen.

Die Langmut der Angestellten, die bisher als verheiratete Leute mit 910 bzw. 1100 M. Monatsgehalt auskommen mußten, ist erschöpft. Sie müssen durch Kampf das zu erringen suchen, was sie auf gutlichem Wege nicht erreichen konnten.

Ein großer Teil der Firmen, die das Verkehrte der Handlungsweise des Arbeitgeberverbandes einsehen, haben den am 7. Oktober gefällten Schiedsspruch bereits anerkannt.

Kollegen! Hebt Solidarität! Sorgt dafür, daß

keine Streikarbeit gestiftet wird! Das Streikbureau befindet sich in Haverlands Festalen, Neue Friedrichstr. 35.

„Ain Organisations-Freund.“ Zu dieser Notiz in Nr. 480 des „Vorwärts“ schreibt uns Herr Dr. Freund: „Es kann keine Rede davon sein, daß der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin den Deutschen Verband der Landesversicherungsbeamten als Organisation nicht anerkennt. Gerade der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin ist es gewesen, der bei dem Verband der deutschen Versicherungsangestellten die Anregung gegeben hat, dem Verbands der Beamten eine offizielle Vertretung im Verbands der Versicherungsanstalten einzuräumen. Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß der Deutsche Beamtenverband als die Interessensvertretung der gesamten Beamenschaft nur in allgemeinen, die gesamte Beamenschaft berührenden Fragen mit der Gesamtheit der Versicherungsanstalten in Verhandlungen treten kann, daß aber ein Eingreifen in rein lokale Differenzen einer einzelnen Anstalt nicht statthaft ist. Dieser Standpunkt wird von dem Ausschuß der deutschen Versicherungsanstalten geteilt.“

Achtung, Zimmerer! Sperrt! Die Firma W. Spindler, Farberei und Malchankalt, Spindlersfeld bei Berlin, hat bisher ihren dort beschäftigten Zimmerleuten den Tariflohn gezahlt. Seit der letzten Lohnerhöhung weigert sie sich jedoch, den neuen Lohn anzuerkennen. Infolgedessen waren die Zimmerer gezwungen, die Arbeit dort einzustellen und in den Streik zu treten. Wir verhängen daher die Sperrung über den genannten Betrieb! Kein Zimmerer darf dort in Arbeit treten! Der Vorstand.

Aus der feinkeramischen Industrie berichten wir in Nr. 468 des „Vorwärts“ ausführlich und bezweifelten, ob es bei den von den Unternehmern veranlaßten Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium zu einer Verständigung komme. Wie nun der Arbeitgeberverband berichtet, sind diese Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer wollten „somit mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage ihrer Industrie als auch auf die in den übrigen Industrien auf Lohnzuschläge von mehr als 20 bis 25 Proz. nicht hinausgehen. Da etwa 1/3 ihrer Betriebe betroffen sind, hat der Arbeitgeberverband beschlossen, daß seine Mitglieder sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 29. Oktober kündigen müssen. Er sei jedoch nach wie vor bereit, sich dem Reichsarbeitsministerium als Schlichtungsinstanz zur Verfügung zu stellen. Das hätte natürlich keinen Sinn, wenn die Unternehmer nicht über ihr Angebot hinausgehen wollen. Sie berichten von Forderungen bis zu 120 Proz., ihr Angebot entspreche dem 15fachen Betrag der Friedenslöhne in der Porzellanindustrie, ohne die erforderlichen Löhne von höchstens 7,92 M. für Groß-Berlin und 6,10 M. für die letzte Dreiklasse zu nennen. Wenn in Friedenszeiten in der Porzellanindustrie schlechte Löhne gezahlt wurden, so können doch die Arbeiter nicht heute noch besonders dafür gestraft werden.“

Die Verhandlungen über den Hamburger Buchdruckerstreik im Berliner Tarifamt sind ergebnislos verlaufen. Der Kampf geht weiter. 50 Firmen haben bereits bewilligt.

Drohender Streik der Eisenbahner in Mitteldeutschland. Eine Konferenz der Eisenbahndirektionspräsidenten in Goslar, auf der das Reichsverkehrsministerium vertreten war, hat Richtlinien festgelegt für die Durchführung des Tarifvertrages. Gegen diese Richtlinien macht sich großer Widerspruch bemerkbar, insbesondere in den Direktionsbezirken Halle a. S. und Erfurt. Im Bezirk Halle a. S. wurde durch Urabstimmung der Streik beschlossen. Es droht sich um die Erhaltung des Arbeitsstandes, der für die Schrankenwärter, Stationsarbeiter und Rangierer bedroht ist. Die Organisationsvorstände haben sich mit dem Reichsverkehrsministerium in Verbindung gesetzt, um eine Befregung der Differenzen zu erreichen.

Im höchsten Streik haben die Vertrauensmänner der Fortwerke nach sechsständiger Debatte mit 72 gegen 67 Stimmen beschlossen, die bisherige Streikleitung, die sogenannte Exekutive, auszuscheiden. Die Gewerkschaften sollen in Verbindung mit dem Arbeiterrat die Ausfahrungen zu beenden suchen.

In Dortmund sind 1500 Arbeiter der Abteilung Hochofen und Stahlwerke der Dortmunder Union wegen Ablehnung ihrer Forderung auf Zahlung einer Prämie in den Streik getreten. Hierdurch sind weitere 8000 Arbeiter gezwungen worden, zu feiern, da die Stromversorgung in Mitteldeutschland gezogen wurde.

Der Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich ist nach 31 Tagen beendet worden. Welches Ergebnis er hatte, geht aus der Meldung nicht hervor.

Beachtl. für den rebalt. Teil: Dr. Werner Beller, Charlottenburg; für Kneisler: Dr. Wiede, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Preis zwei Bogen und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besitzt die wirklich einzigartige wirksamste
Kukirol
Schachtel A. 3,50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich

Preiswerte Zigarren
Sumatra Sandblatt je 80 Pf.
Pierrot rein Uebersee... Stück 1,00
Valencia unsortiert... Stück 1,20

Lebensmittel

In unserem Hause Alexanderplatz
Alt. Frische Blumen
Hyacinthen-Zwiebel 2,50, 3,50, 4,50
Tulpen-Zwiebeln 1,00, 1,50
Crocus-Zwiebeln 0,60
Gr. Auswahl in Kisten (Einn.-Palm.)

Mecklb. Stoppel-Gänse Pfd. 12⁵⁰ 14⁰⁰
Oderbruch-Gänse Pfd. 15⁰⁰
Gänsestückenfleisch Pfd. 12⁵⁰
Gänsekeulenstücke Pfd. 17⁵⁰
Hirschfleisch Pfd. von 6⁵⁰ an
Hasen gestreift Stück von 35⁰⁰ an
Gefr. Kaninchen Pfd. 4⁵⁰

Leipziger Strasse **Frisches Fleisch** Alexanderplatz
Fettes Hammel-Vorderfleisch Pfd. 9⁰⁰
Hammelrücken Pfd. 10⁰⁰ | **Kalbskamm** Pfd. 10⁵⁰
Hammelkeulen Pfd. 11⁰⁰ | **Kalbskeulen** Pfd. 12⁰⁰
Schmorfleisch mit Knochen Pfd. 10⁵⁰ | **Schabefleisch** Pfd. 13⁰⁰
Hammelfleisch ohne Knochen Pfd. 6⁵⁰ | **Rinderkamm** Pfd. 7⁰⁰ | **Rinderbrust** Pfd. 7⁵⁰

Rotkohl Pfd. 70 Pf.
Weisskohl Pfd. 80 Pf.
Spinat Pfd. 60 Pf.
Sellerie Pfd. 1⁰⁰
Zwiebeln Pfd. 90 Pf.
Essbirnen Pfd. 1⁰⁰
Essäpfel Pfd. 2⁰⁰

Rinderfett aengl. Pfd. 14⁵⁰
Kokosfett 1-Pfund-Tafel 15⁵⁰
Tafelmargarine .. Pfd. 15⁵⁰
Margarine allerfeinste, 1/2 Pfd. 8²⁵
Preisselbeeren mit Zucker gewaschen, Pfd. 7⁵⁰

Rotwurst Pfd. 14⁵⁰
Landleberwurst Pfd. 14⁵⁰
Sülzwurst Pfd. 14⁵⁰
Bauernmettwurst Pfd. 17⁵⁰
Rauchfleisch Pfd. 7⁰⁰

Bücklinge Pfd. 6⁰⁰
Fr. Goldbars a. Kopf Pfd. 1⁰⁰
Leb. Karpfen Pfd. 12⁵⁰
Vor der Zollerhöhung vorzeitig vorbestellen
Roh-Kaffee Pfd. 19⁵⁰

Harzer Käse Pfd. 9⁵⁰
Stangenkäse Pfd. 9⁵⁰
Spitzkäse Pfd. 9⁵⁰
la Camembert Schachtel 4²⁵
Pflaumenmus gebackt, Pfd. 5²⁰

Weizenmehl Ia, Pfd. 3⁷⁵
Auszugsmehl Ia Pfd. 4⁷⁵
Kaffeemisch. 29% Kaffee, Pfd. 7⁰⁰
Tafelreis Pfd. 4⁰⁰
Nudeln Pfd. 7⁰⁰

Qualitäts-Apfelwein
1/2 Liter Flasche 18⁵⁰ 5 Flaschen 90⁰⁰
1/2 Liter Flasche 18⁵⁰ 5 Flaschen 90⁰⁰
1/2 Liter Flasche 24⁰⁰ 10 Flaschen 225⁰⁰

1918^{er} Montagna-Rotwein
1/2 Flasche 10⁰⁰ 10 Flaschen 100⁰⁰

1919^{er} Oberhaardter Maikammerer
1/2 Flasche 12⁵⁰ 10 Flaschen 120⁰⁰

Weinbrand-Verschnitt
1/2 Flasche 23⁰⁰ 1/2 Flasche 45⁰⁰
Deutscher Weinbrand
1/2 Flasche 27⁵⁰ 1/2 Flasche 52⁵⁰
Haib und Haib
1/2 Flasche 25⁰⁰ 1/2 Flasche 48⁵⁰



Vorzüchtlicher roter Johannisbeer-Wein
1/2 Flasche 10 Flaschen 10⁵⁰ 100⁰⁰

Der 16. Oktober und die städtischen Werke

Sozialistische Tatkraft an einem Musterbeispiel.

Die bürgerliche Presse macht für die Notlage Groß-Berlins die sozialdemokratische Mehrheit im Roten Hause verantwortlich. Besonders haben es ihr die kommunalisierten Werke angetan, und sie möchte lieber heute als morgen aus den städtischen Betrieben entweder gemischt-wirtschaftliche Betriebe machen oder gar die Werke dem privaten Kapital ausliefern.

Die Schuld der alten bürgerlichen Mehrheit.

An den Berliner Gaswerken soll gezeigt werden, daß nicht die rote Mehrheit, sondern die Kriegsjahre und vor diesen die bürgerliche Vertretung Berlins die Zustände verschuldet haben.

Die Kriegsjahre waren die schwersten, die die seit 1847 bestehenden Berliner Werke zu verzeichnen hatten. Nur mit Ausbleibung aller Kräfte war es möglich, sie in Betrieb zu halten. Waren doch ungefähr 1/3 der geschulten Arbeiter eingezogen; was zurückblieb, waren ganz junge oder alte Arbeiter, die den Anforderungen nicht voll genügen konnten. Als Ersatz für die eingezogenen Arbeiter wurden sogar Frauen eingestellt, die schwere Arbeit verrichten mußten. Hauptächlich wurden aber Gefangene und teilweise auch Soldaten von der Regierung zur Verfügung gestellt, die aber, obwohl ihre Zahl bedeutend höher war als die der früher Beschäftigten, doch nicht das gleiche leisteten wie diese. Daß bei der unsachgemäßen Behandlung der Retorten und Maschinen viele Werke verloren gingen, war nicht zu vermeiden. Aber nicht nur der Mangel an geschultem Personal brachte die Werke in eine mißliche Lage, sondern auch

das Fehlen der Gaskohle

sie als Hauptfaktor ins Gewicht. In Berlin wurde hauptsächlich englische Kohle vergast mit geringer Beimischung von schlesischer und westfälischer. Durch das Fehlen der englischen Kohle war man auf deutsche Kohle angewiesen, und man mußte zufrieden sein mit dem, was die Gruben lieferten. Die Folge davon war, daß die Gasausbeute bedeutend geringer wurde, sieh doch die Gewinnung von Gas von 320 auf 280 Kubikmeter pro Tonne Kohle. Die schlechte Beschaffenheit sowie der hohe Lichtegehalt der Kohle verursachten nicht nur ein schlechtes Vergasen, sondern verminderten auch den Wert des Koks ganz bedeutend. Durch das Fehlen der Facharbeiter, insbesondere der Maurer, waren die Retorten sehr heruntergewirtschaftet und undicht, auch war großer Mangel an Schmiermaterial, so daß die mechanisch betriebenen Anlagen stark dem Verschleiß unterlagen. Dazu kamen noch die Gasperrstunden und die Beschränkung der Beschäftigung, die die Produktion stark einschränkte. Diese Folgen des Krieges konnten natürlich nicht im Handumdrehen erledigt werden, aber

der Gefundungsprozeß hat begonnen.

und es ist zu hoffen, daß bald normale Zustände herrschen werden. Wie lagen aber die Verhältnisse vor dem Krieg? Waren da die Werke unter bürgerlicher Verantwortlichkeit das, was sie sein sollten? Haben da die Werke keine Verantwortung zu beanstandung und Klagen gegeben? Aus den Stenogrammen der Stadtoverordnetenversammlungen ist nachzuweisen, welche beweglichen Klagen die Stadtoverordneten Rommensen und auch andere geführt haben. Ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich behaupte, daß die Entwicklung der Gaswerke sehr unter dem Autokraten Direktor Schimming zu leiden hatten, der selbst, wenn er erprobte Neuerungen einführte, erst an ihnen angelegliche Verbesserungen versuchte, die das nicht brachten, was er erhoffte. So war es kein Wunder, daß die Werke der Vororte Berlins und anderer Städte bedeutend günstigere Ergebnisse aufzuweisen als die des alten Berlin. In meiner 22jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit an den Reußlauer Werken habe ich die Entwicklung mitgemacht, wie aus einem alten unmodernem Werk ein der Neuzzeit entsprechendes geworden ist, von dem man behaupten kann,

daß es mit seiner hohen Gesamtausbeute und seinen hohen Uebererschüssen wohl mit

an erster Stelle in Deutschland genannt

werden muß. Nach einem Bericht aus dem Pressebureau des Magistrats Berlin wird bekanntgegeben, daß das Reußlauer Werk, obwohl es ein kommunaler Betrieb ist, das Kubikmeter Gas zu einem Produktionspreis von 40 Pf. herstellen kann, demgegenüber das früher privatkapitalistische Werk der vormals englischen Gasgesellschaft einen Produktionspreis von 60 Pf. aufwies gegenüber Berlin, das es zu 90 Pf. Gesteitungskosten brachte. Diese Zahlen gaben gewiß zu Bedenken Anlaß. Das Reußlauer Werk brachte im Jahre 1919 einen Rohgewinn von 7 948 469,89 M. bei einem Anlagekapital von 17 811 793,56 M. oder rund 44 Proz. des Anlagekapitals, nach Abzug der Zinsen und Abschreibungen in Höhe von 2 043 922,90 M. einen Reingewinn von 5 904 546,99 M. oder rund 33 Proz. der Anlagewerte. Wenn ich nun für das Jahr 1920 die Zahlen des Berliner Magistrats zugrunde lege, worin er mitteilt, daß Reußlau eine Produktion von 30 000 000 Kubikmetern hatte zu einem Gesteitungspreis von 40 Pf., so würde es bei einem Durchschnittsverkaufspreis von 1 M. im Jahre 1920 pro Kubikmeter Gas einen Uebererschuß von 60 Pf. bedeuten, das wäre ein Reingewinn von 18 000 000 M. für das Jahr 1920 gleich. Wenn ich nun den Reingewinn für Reußlau mit 18 000 000 M. bewerte, müßten die alten Berliner Gaswerke, die ungefähr das zehnfache an Gas produzierten, nach Reußlauer Verhältnissen auch den zehnfachen Uebererschuß haben, das wären nicht 18 000 000 M., sondern 180 000 000 M., statt dessen arbeiten die Berliner Werke nach Angaben der bürgerlichen Presse mit einem Defizit von ungefähr 11 000 000 M. Für diese Verluste ist unzweifelhaft die frühere bürgerliche Mehrheit verantwortlich zu machen.

Ran sehe sich nur das Gaswerk in der Glöckner Straße an, das einen typischen Beweis liefert, wie nicht gearbeitet werden soll. Nach einem Bericht, der vor ungefähr einem Jahre erschien, wurde bekanntgegeben, daß Reußlau bei einer Durchschnittsproduktion von täglich 100 000 Kubikmetern Gas 325 Arbeiter beschäftigte, in der Anstalt in der Glöckner Straße wurden bei einer täglichen Durchschnittsproduktion von 110 000 Kubikmetern Gas 900 Arbeiter beschäftigt, weil man mit der technischen Einrichtung zurück ist und heute noch hauptsächlich Handbetrieb hat. Wer hat da den Mut, von einer sozialistischen Mißwirtschaft zu reden. Es gehört schon eine eiserne Stirn dazu, für die

Jahrzehntelangen Sünden

die jetzige sozialdemokratische Mehrheit verantwortlich zu machen. Ich führe das Reußlauer Werk nur an, um zu zeigen, daß nicht nur die privatkapitalistische Produktionsmethode höhere Gewinne bringen kann, sondern daß auch ein rein kommunales Werk, das kaufmännisch geleitet wird, ebenso arbeiten kann, nur mit dem Unterschied, daß nicht der Reingewinn in die Taschen einzelner fließt, sondern der Allgemeinheit zugute kommt.

Daß die Produktionskosten der Werke in Berlin zu groß sind, muß ohne weiteres zugegeben werden, und es ist die dringende Pflicht der Stadtoverordnetenversammlung, dafür zu sorgen, die Gesteitungskosten bedeutend zu reduzieren. Es ist kein Entschuldigungsgrund zu sagen, die Berliner Werke seien älter als die der Vororte und darum nicht so modern. Um leistungsfähig zu bleiben, ist es notwendig, sich die modernen Errungenschaften der Technik zu eigen zu machen und so mit möglichst geringem Kräfteaufwand die höchste Ausbeute an Gas zu erzielen. Ich glaube auch, daß der gesunde Sinn unserer Betriebsräte erkennen muß, daß sie auch dafür sorgen müssen, daß die Werke nicht unproduktiv arbeiten, sie würden sonst den Gegnern der Kommunalisierung Gelegenheit geben, zu beweisen, daß die Werke nur gemischtwirtschaftlich arbeiten

können oder daß sie dem Privatkapital übergeben werden müssen, wenn ein größerer Uebererschuß erzielt werden soll. Um der Arbeiterentlohnung Steuern zu können, müssen wir bestrebt sein,

den Abschlag von Gas zu vergrößern,

d. h. wir müssen unseren Kundenkreis zu erweitern suchen. Die Gasperrstunden sind zum Glück gefallen, wir müssen nun auch fordern, daß alle anderen Einschränkungen fallen müssen, damit das Abschlaggebiet ein größeres wird.

Um nun die Sünden der Vergangenheit zu beheben, müssen wir eine Reorganisation der gesamten städtischen Werke vornehmen.

Die Reußlauer Werke sind hier als Musterbeispiel angeführt worden. Dort ist der Beweis erbracht, daß kommunalisierte Betriebe sehr wohl einwandfrei, den Anforderungen der Zeit entsprechend arbeiten können. Die Reußlauer Werke unterstehen ebenfalls der „roten“ Verwaltung, deren Energie es zweifellos gelingen wird, wenn der 16. Oktober eine sozialistische Mehrheit bringt, auch die übrigen, infolge der jahrelangen bürgerlichen Mißwirtschaft heruntergekommenen Betriebe zum Segen der Allgemeinheit zu gestalten. B. Conrad.

Wer verlängert die Wohnungsnot?

Für oder gegen die bisherige Wohnungspolitik.

Für den Sozialismus wählen oder gegen ihn bedeutet auch Stellung nehmen zum Kampf gegen die Wohnungsnot. Man kann diesen Kampf als gut bürgerliches Geschäft ansehen oder als eine über alle Bürgerlichkeit erhabene Genossenschaft. Wer hier Gesetze wittert, wühlt rechts; wer Brüderpflicht empfindet, wühlt links. Jener stellt sich entrüstet über die Schieber, die der Zwangswirtschaft ein Schnippen schlagen, und er verhöhnt die Rot und den ehrlichen Kampf gegen sie, indem er in agitatorischem Wahnsinn erklärt: „Wohnungen und Geschäftsräume sind nur noch im Wege des Schleichhandels zu haben.“ (Mieterschutz — Volkswort: „Deutsche Tageszeitung“ Nr. 401 vom 28. August d. J.) Dieser kennt seine Pappenheimer und weiß, daß sie mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft aus einem schleichenden zehn freie Händler machen wollen. Er weiß aber auch, daß Wohnungen ein zu kostbares Volksgut sind, um damit Handel zu treiben. Die Zwangswirtschaft zwingt die Besitzenden, auf übermäßigen Gewinn zu verzichten; die freie Wirtschaft soll die Besitzlosen zwingen, bei der Wohnung wie bei Brot und Butter die kapitalistische Uebermacht zu fühlen.

Am Sonntag bewußt wählen — bedeutet, sich für eine dieser Zwangsarten entscheiden und für oder gegen die bisherige Wohnungspolitik und ihre Weiterentwicklung stimmen. Die Verordnung des sozialdemokratischen Stadtrats Wuhly vom 12. Mai d. J. war die gleichmäßige Verankerung des öffentlichen Zwangs in der Berliner Wohnungswirtschaft; sie wurde durch die Höchstmietensbeschlüsse des Berliner Magistrats ergänzt. Wenn, so gut auch die Berliner Mieterschaft dabei gefahren ist, der Hausbesitz zu kurz weggenommen ist, so wäre es

gegnerischer Stimmenfang.

dem sozialistischen Magistrat ein schuldhaftes oder gar geschwändriges Verhalten vorzuerwerfen. Das Gesetz, nämlich die Preussische Höchstmietensverordnung, ging davon aus, daß es dem Hausbesitz aus eigener Kraft und durch Verwandtschaft mit dem Großkapital gelingen möchte, sich Kredit zu Reparaturen und damit zur Steigerung des Wertes zu verschaffen. Einen solchen Kredit sollte die Mieterschaft genossenschaftlich gegen Kautelen abtragen und bezinsen, und das Mieteingangsamt sollte im Einzelfall die Beträge dafür festsetzen. Das war der Sinn des § 10 der Höchstmietensverordnung. Aber das Organisationsstatut und die Verwandtschaft des Hausbesitzes haben verfaßt. Bektere verschmäht es offenbar, für Zwecke der öffentlichen Wirtschaft Geld zu geben, und hofft es durch strenge Enthaltsamkeit zu erreichen, daß man sie ruft, ihr das Wirtschaftsgeld überläßt, um aus der gut entwickelten Rot einen fetten Braten zu gewinnen. So haben die Mieteneingangsämter es mit Hausbesitzern zu tun gehabt, die — woran der einzelne Schuldlos ist — von ihrer Mieterschaft (und zwar vom Schieber ebenso wie vom beamteten oder befristeten Arbeiter oder Arbeitslosen) nicht nur den Zins, sondern das blanke Kapital gegen den baulichen Verfall forderten. Mit dem Ausgang

„Wie geht's der kleinen Dami?“ Professor Grunsti Tochter hieß Sidonie.

Professor Grunsti dankte glücklich dem Oberlehrer Sanders für seine Frage: „Sie ist riesig nett feht und allerliebste — hm ja. Kommen Sie doch mal zu Besuch, Kollege.“ Und wieder machte der Zeigefinger seinen Zirkuslauf um den Hals.

Der Oberlehrer versprach es und wandte sich dem kleinen bescheidenen Doktor Kaspar zu, der, längst pensioniert, immer noch mit seinen Kollegen zusammenhielt. In seinen Händen zitterte schon lange ein Zeitungsblatt. „Etwas Neues, Kollege?“ Kaspar reichte es ihm schüchtern und eifrig. Im Westpreussischen Boten hatte er eine historische Arbeit über die Mikosalkirche und das vor kurzem abgebrochene Franziskanerkloster gebracht. Er war händiger Gast auf der Stadtbibliothek und im Archiv. Aus Wolken von Altentum formte er seine Aufsätze, die keiner las und auf die er stolz war wie Mastow auf die Lösung des Fermatschen Problems.

Drüben schwabronierte Oberlehrer Gander. Er war Reservelieutenant, begann jede Unterrichtsstunde mit einem Gebet und schimpfte auf die Sozialdemokraten. Auf seinen Wsistentarten stand: Reservelieutenant und Oberlehrer.

„Volksoberammlungen? Wenn ich die Nacht hätte, würde ich drunter schießen lassen.“ Alle Herren schwiegen. Sie waren alle gut konservativ, gewiß, man war ja preussischer Beamter, aber Gander übertrieb doch ein bißchen.

„Ich dachte, Sie wären sonst selber für Volksoberammlungen?“ fragte Oberlehrer Sanders harmlos.

„Ja?“ Ganders Stimme überschlug sich fast.

„Ich meine, in der Kirche am Sonntagvormittag.“

Alle lachten. Gander schoß ihm einen wütenden Blick zu. Gander verstand nicht viel Spaß.

Professor Mastow zahlte. Und eine so mathematische Leuchte er sonst im Bestesleben Deutschlands war, dem Rechner imponierte er durchaus nicht damit, denn er verrechnete sich jedesmal beim Zahlen.

Um zehn Uhr erhob sich Henning, und Oberlehrer Sanders schloß sich ihm an.

Die Nacht war warm, und der Mond schien auf die Straße. Kaspar würde uns jetzt verraten, daß die Hundekänge früher die Brauergasse hieß und daß irgendein Polakendänig sich anno Tobat hier einen Rausch angeeignet hat, — ach nein: so vergnüglich sind seine Ausgrabungen nicht.

(Fortf. folgt.)

Fräulein.

Von Paul Enderling.

„Ja, das muß ich.“ Thea lachte und ging in ihr Zimmer. Fräulein horchte verwundert auf ihr Lachen. Es klang ihr so fremd. Kopfschüttelnd zog sie ihr Spakett an und ging in den Abend hinaus. In der Elektrischen traf sie Gerda. „Sie sind noch hier?“

„Wo sollte ich sonst sein?“

„Ich dachte, Sie machten sich heute auf die Reise nach Berlin.“ sagte Fräulein.

„Ach?!“ Gerda wurde rot. Hatte Thea ausgeplaudert? „Ich denke nicht daran. Das können Sie auch Thea Hörke bestellen. Guten Abend.“ Sie stieg am Holzmarkt aus.

Fräulein blinnte ihr nach. Sie ging in ihr Vaterhaus, gerade gegenüber dem Stadttheater. Thea hatte gelogen. Es war kein Zweifel. Aber warum? Warum?

Wären nicht die Briefe gewesen, die nach Neufahrwasser sollten, — sie wäre wieder umgekehrt.

Im Hinterzimmer der Rodenackerschen Brauerei sahen die Herren vom Gymnasium an ihrem Stammtisch. Jeder hatte einen Halben mit Popenbier vor sich.

Ab und zu öffnete sich die Türe, und ein jugendlicher Kopf lugte hindurch. Das war dann ein Schüler, der auf verbottenem Bummel begriffen war und nun beim Anblick der Beherrköpfe entsezt zurückfuhr.

Seit einiger Zeit war auch Doktor Henning bei diesen Zusammenkünften. Er saß still und beschieden da, antwortete stets zustimmend, lächelte und störte jedenfalls nicht. Er war besetzt. Heute war er noch stiller als sonst und sah noch mehr vor sich auf die Tischplatte als auf die Sprecher des Abends.

Oberlehrer Sanders war es längst aufgefallen, und er nahm sich vor, ihn gelegentlich zu stellen. Was hatte ein Bräutigam so ein ernstes Gesicht zu schneiden? Glockenläuten und Engelsgelächtern mußte um seine Ohren sein und die Musik aller sieben Himmel. Denn wenn Thea auch launisch war, sie war doch Thea und Lebenswert und ein hübsches,

seines Geschöpf. Der Oberlehrer empfand etwas wie Groll gegen Doktor Henning und ertappte sich auf Familiengefühlen — konnte dieser junge Fuchs nicht stolz sein, seine Rechte zur Frau zu kriegen? — und dachte: Schade, daß Görte jetzt nicht in mein Herz sehen kann, er würde mir vieles abbiten müssen.

Der kleine Professor Mastow kam. Hinter goldener dicke randiger Brille blinnten kleine zwinkernde Augenlein. Er rieb seine Hände ineinander, als ob er sie wüßte. „Na also,“ sagte er. „Da wären wir ja wieder, meine Herren.“ Die Schüler nannte ihn „Professor Na also“.

„Was macht die Preisfrage?“ fragte Oberlehrer Sanders. Professor Mastow wusch wieder seine Hände. „Na also, sie ist gelöst. Sie ist gelöst, meine Herren.“

„Was machen Sie nun mit dem Vermögen?“

Es handelte sich um den Fermatschen Satz. Mastow behauptete alle vier Wochen einmal, daß er das Problem gelöst und sich so den Preis von hunderttausend Mark, den die Universität Göttingen ausgesetzt, erworben habe. An Geld lag Mastow nichts. Er hätte es am nächsten Tage doch irgendwo liegen lassen. „Na also, meine Herren, die Sache war verhältnismäßig einfach. Nur ein bißchen Scharfsinn — und der Beweis, den Fermat im siebzehnten Jahrhundert schon hatte und verlor, war da.“ Und er sprudelte eifrig allerlei von Kubikzahlen in der dritten Potenz und wusch sich die Hände.

„Aber das ist ja riesig interessant.“ Professor Grunsti fuhr sich mit dem Zeigefinger der rechten Hand einmal zwischen den Kragen und den ellenlangen Hals, der ihm den Beinamen „Nämmerger“ eingebracht hatte. Es war das eine stereotype Bewegung von ihm.

Professor Grunsti sprach möglichst wenig in Schule und in Gesellschaft. Er schwebte in ewiger Angst, sich zu verheddern oder sonstwie zu blamieren. Wenn das geschah, fuhr der Zeigefinger wie irrsinnig um die Innenseite des Kragens und um den Hals, der puterrot anließ. In jeder Stunde, die er in oberen Klassen gab, litt er Höllenqualen. Die Schüler mußten das und legten ihn in kaltschnäuziger Grausamkeit hinein. Alle Quartale fragte ihn der Direktor: „Wollen Sie sich nicht ein bißchen erholen, Kollege? Sie sind doch recht nervös.“ Aber Professor Grunsti hatte eine Tochter zu Hause, häßlich wie er, die er schwärmerisch liebte. Um ihre willen hielt er aus.

solcher Prozesse vor dem Mietminderungsamt (das nach Dr. de Saporte „Wort in Gnaden erhalten möge“: „Berl. Tagebl.“ Nr. 444 vom 21. September d. J.) ist der Hausbesitz meist unzufrieden und schimpft, soweit er den Zusammenhang nicht kennt oder kennen will, auf den sozialistischen Magistrat. Es wird Sache jeder neuen Stadtregierung sein, im Rahmen des anliegenden Reichsmietengesetzes die Reparaturlast genossenschaftlich zu verteilen.

Eine sozialistische Regierung wird diesen Weg mit Ueberzeugung und mit dem Willen gehen, ihn fruchtbar zu gestalten. Sie wird vom Mieterschutz nicht ablassen und vor der Zustimmung nicht zurückweichen, daß die Bevölkerung, als Mieterschaft am meisten geschont, nach dem Verhältnis ihrer Kräfte Staat und Stadt zum Häuserbau erlächlichen helfen muß, wenn nicht zu ihrem fühlbaren Schaden die Privatwirtschaft die Herrschaft zurückgewinnen soll.

Das sozialistische Regiment bürgt dafür, daß die Siedler-tätigkeit bei dem Zuwachs von Mitteln noch mehr als bisher gefördert wird und nicht nur mit barem Gelde, sondern vor allem mit den Mitteln einer ausgebauten Gemeinwirtschaft in der Erzeugung und Verteilung der Baustoffe. Den üppigen Baustoffwucher müssen mehr als bisher blühende städtische Ziegeleien, städtische Schneidemühlen und städtische Kalkbrennereien abfassen.

Berlin soll am Sonntag richten. Die Spekulantentum horren seines Spruchs ebenso wie die wertvolle Bevölkerung. Aus den lichtlosen Hinterhäusern wird man heruntersteigen, die zur Herrschaft des Spekulantentums errichtet wurden, aber die Arbeit wird auch pausieren in den leuchtenden Bayengärten, die sich in genossenschaftlicher Organisation unter Führung des Berliner Sozialdemokraten Steinweg und des sozialistischen Magistrats das mit Kopf und Hand wertvolle Volk erschlossen hat.

Demokratisches Liebeswerben. Komm' den Frauen zart entgegen!

In einem Flugblatt zu den Stadtverordnetenwahlen wendet sich die Demokratische Partei an die Frauen Berlins. Sie fordert die Wählerinnen auf, die rote Mehrheit im roten Haus zu stürzen. Ausgerechnet die Frauen sollen das tun — und ausgerechnet zugunsten der Demokratischen Partei! Die Frauen wissen, daß sie das Recht, jetzt überhaupt mitzuwählen zu dürfen, nicht den Demokraten, sondern der Sozialdemokratie zu danken haben. Sie wissen, daß Jahrzehnte hindurch die sich heute Demokraten nennenden Liberalen von einem Wahlrecht der Frauen nichts hören wollten. In Berlin, wo bis zur Revolution der Kommunal-Liberalismus verächtlichen Angebeters herrschte, ist sogar das Verlangen der Zulassung von Frauen zu den Klementenunionen von den Stützen der liberalen Gesellschaft lange Zeit hindurch hartnäckig zurückgewiesen worden. Den Frauen, die sich im öffentlichen Leben betätigten oder betätigen wollten, wurde mit Vorliebe die steingehobte Redensart ins Gesicht geschleudert: „Geht nach Hause und stopft Eure Strümpfe!“ Jetzt aber kommen die Demokraten den Frauen zart entgegen und erzählen ihnen in ihrem Flugblatt, daß sie, die Frauen, dazu berufen seien, Berlin von den Roten zu befreien. Jetzt sagen sie: „Die rechte Frau und den rechten Mann am rechten Platz für geordnete Wirtschaftsführung im städtischen Haushalt.“ Jetzt behaupten sie, wer für die Demokratische Partei eintritt, der trete ein für Heranziehung sachverständiger Frauen zur Wohlfahrtspflege und Jugendfürsorge, sowie zur Bekämpfung der Unsitlichkeit, zu den schweren Aufgaben der Wohnungsbeschaffung und Wohnungspflege, zur Berufsberatung, Berufsbildung und Fortbildung der weiblichen Jugend, zum Ausbau des Arbeitsnachweises, besonders des Arbeitsnachweises für Frauen. Ach nein, die Heranziehung der Frauen zu all diesen Aufgaben war stets eine Forderung der Sozialdemokratie und wurde stets von den sich jetzt Demokraten nennenden Liberalen bekämpft. Darum haben schon lange vor der Revolution verständige Frauen sogar aus der bürgerlichen Klasse für die Sozialdemokratie gestimmt. Und darum stimmt auch heute jede verständige Frau nur für die Sozialdemokratie.

Affenfreiheit.

Ein anlässlich der Stadtverordnetenwahl verbreitetes Flugblatt der Deutschnationalen spricht von der „Affenfreiheit“ der Republik. Im vergangenen Kaiserreich konnten sich nur die unteren Schichten über einen Mangel an Freiheit beklagen. Sollten die Deutschnationalen darum von „Affenfreiheit“ reden, weil diesen Schichten nunmehr ihr Recht geworden ist? Dann würde darin eine Beschimpfung weite ihrer Wählermassen liegen. Oder sollten sich die Deutschnationalen in der ihnen nicht angenehmen freireichlichen Republik selbst als Nachkommen jener Klettergewandten Urwaldtiere fühlen? In diesem Falle hoffen wir sehr, daß sie sich nach und nach, vielleicht erst in einigen Generationen, zu Menschen, d. h. zu vernunftbegabten Wesen entwickeln werden.

Keine Erhöhung der Hundsteuer.

Was wir gegenüber den Alarmnachrichten der „Morgenpost“ und der „Vossischen Zeitung“ über den angeblichen Plan einer weiteren Erhöhung der Hundsteuer auf 500 M. sofort erklärten, wird jetzt amtlich bestätigt: die Meldung war Schwindel. Die „Voss. Ztg.“ muß jetzt berichten, daß ihr von der städtischen Generaldirektion mitgeteilt worden ist, es bestehe nicht die Absicht, die jetzigen Steuerhöhen zu erhöhen. — Inzwischen ist übrigens ein „Ausruf zur Abwehr“ erschienen, der zur Gründung eines Schutzvereins der Hundebesitzer und Hundefreunde anregen will. Meldungen erbittet Walter Simon, Ebersfelder Str. 16.

Fall Rahardt und Handwerkskammer.

Die Handwerkskammer zu Berlin trat gestern unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Ederi zu einer Vollversammlung zusammen, um die durch den Rücktritt des bisherigen Präsidenten Rahardt erforderlich gewordenen Wahlen vorzunehmen. In geheimer Abstimmung wählte die Vollversammlung den Friseur Karl Kubert, 1. Vorsitzenden der Freien Vereinigung selbständiger Friseure Berlins, mit 28 Stimmen zum Präsidenten der Handwerkskammer. 18 Stimmen erhielt der ebenfalls vorgeschlagene Klemmerobermeister Rusak. Der übrige Vorstand wurde mit den Obermeistern Ederi, Lehmann, Köhler, Krause und Gestrich, sowie Bildhauer Westphal wiedergewählt. Ueber das bisherige Ergebnis der Untersuchung des Oberpräsidenten gab darauf der Spezialkommissar der Aufsichtsbehörde, Oberregierungsrat Freiß, einen kurzen zusammenfassenden Bericht. Der Hauptpunkt, der in der Untersuchung ermittelt worden sei, betreffe eine zu Unrecht gegebene Anweisung über 79 000 M., die in unrechtmäßiger Weise verfolgt. Die Handwerkskammer werde voraussichtlich für den erlittenen Schaden im Wege des Arrestes Dedung finden.

Die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beginnt pünktlich um 4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht nur die Wiedererstattung des Ausschusses zur Vorbereitung der auf eine weitergehende Erhöhung der Arbeiterlöhne, Steuerzulagen usw. gezielten Anträge und der vom Magistrat vorgeschlagenen Dedung für die hinaus entfallenden Mehrausgaben in Höhe von 178 Millionen Mark. Die Versammlung ist in jedem Fall diesmal beschlußfähig, selbst wenn nur die Hälfte der Mitglieder anwesend sein sollte.

Große öffentliche Wählerveranstaltungen mit dem Thema: „Vor der Entscheidung“!

Heute, Donnerstag, den 13. Oktober:

2. Kreis Tiergarten: 7 Uhr Schulaula, Pallasstr. 15. Referent: Hedwig Wachenheim.
3. Kreis Wedding: 7 Uhr Vortragskammer, Müllerstr. 142. Referent: H. Mollenhauer, M. d. R.
4. Kreis Prenzlauer Tor: 7 Uhr Böhm-Brauerel, Prenzlauer Allee. Referent: R. Breuer.
5. Kreis: 7 Uhr in den Prachtzügen des Ostens, Frankfurter Allee 48. Große öffentliche Beamterversammlung. Referent: Le-gationstraÙe Dr. Jechlin.
6. Kreis Hallesches Tor: 7 Uhr Altem Jestsäle, Hohenheide 13. Referent: C. Haenisch, Kultusminister a. D.
7. Kreis Charlottenburg: 7 Uhr Kaiser-Friedrich-Jell, Berliner Ecke Brauhofstr. Referent: Kurt Kiehm.
8. Kreis Schmaragdort: 7 1/2 Uhr Goethe-Gymnasium, Spandauer Straße. Referent: Frau Bohm-Schuch, M. d. R.
10. Kreis Dahlem: 8 Uhr bei Schilling, Königin-Luise-Straße 42. Referent: Otto Braun, Landwirtschaftsminister a. D.
10. Kreis Nikolasee: 8 Uhr im Archäus Wechsel, am Bahnhof. Referent: Stadtverordneter Friz Brodat.
12. Kreis Stagli: 8 Uhr Gymnasium Heeseler. Referent: Karl Wermuth, Bürgermeister.
12. Kreis Lichterfelde: 7 1/2 Uhr bei Schnabel (Alter Dorstrog), Hindenburgdamm 104. Thema: Wir wollen kein national-liberales Berlin! Referent: Kurt Hainig.
13. Kreis Marienfelde: 8 Uhr bei Molkenhauer, Berliner Str. 114. Thema: Im Kampf gegen die Reaktion, vor der Entscheidung. Referent: Stadtverordneter Ewald.
14. Kreis Brüg: 7 1/2 Uhr Beders Festsaal, Chausseest. Referent: Otto Frank, Stadtrat.
15. Kreis Baumhuldenweg: 7 1/2 Uhr Aula des Gymnasiums, Baumhuldenstr. 79. Referent: Wermuth, Bürgermeister.
15. Kreis Oberischdoroide: 7 1/2 Uhr Aula des Realgymnasiums, ZeppeustraÙe. Referent: Stadtrat Wuhlf.
15. Kreis Alt-Görlitz: 7 1/2 Uhr bei Bohn, Grünauer Str. 54. Referent: Dr. Lehmann.
16. Kreis Köpenick: 7 1/2 Uhr im großen Saal des Stadttheaters, Alter Markt. Referenten: Meyer und Galle. Thema: „Der Kampf ums rote Haus in Berlin.“
16. Kreis Bohnsdorf: 7 1/2 Uhr bei Sill, früher Hoff, Schulzendorfer Straße. Referent: Jakob Wilmmer.
17. Kreis Kackshorst: 7 1/2 Uhr im „Frischenhaus“, Trestow-Allee Ecke Auguste-Viktoria-Str. Referent: Dr. Friz Karzen. Thema: „Der Kampf ums Schulproblem im Berliner Stadtparlament.“
19. Kreis Heinersdorf: 7 1/2 Uhr bei Cude, Kaiser-Wilhelm-Ecke Blankenburger Straße. Referent: Frau Dr. Wegscheider-Ziegler, M. d. R.
20. Kreis Borsigwalde: 7 1/2 Uhr in den Borsigwalder Festhällen, Spandauer, Ecke Conradsstr. Referent: Gerwin Barth.
20. Kreis Rothenhof: 7 1/2 Uhr bei Schneider, Hauptstr. 3. Referent: Dr. Ostrowski.
20. Kreis Tegeler: 7 1/2 Uhr bei Hermann, Scharfenbergstr. 31. Referent: Arthur Häppler.
20. Kreis Waldmannslust: 7 1/2 Uhr bei Arst, am Bahnhof. Referent: H. Bierhöcker.

Morgen, Freitag, den 14. Oktober:

1. Kreis Mitte: 7 Uhr Prachtzüge Alt-Berlin, Diamenstr. 10. Referent: Willi Siering, M. d. R.
1. Kreis Mitte: 7 Uhr Borussia-Säle, Mäckerstr. 6/7. Referent: Friz Brodat, Stadtverordneter.
2. Kreis Tiergarten: 7 Uhr Kaminus-Hallen, Bremer Str. 73. Referent: Ernst Hellmann, M. d. R.
3. Kreis Wedding: 7 Uhr Schiller-Gymnasium, Pant-, Ecke Bötscherstr. Referent: Hermann Lüdemann, Finanzminister a. D.
4. Kreis Prenzlauer Tor: 7 Uhr Schulaula, Schönlicher Straße 7. Referent: Landtagspräsident Leinert.
5. Kreis Friedrichshain: 7 Uhr Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21. Referent: Karl Seering, Minister des Innern a. D.
6. Kreis Hallesches Tor: 7 Uhr Pöhlhofer-Brauerel, Fildischstraße 2/3. Referent: Heinrich Bahlke, M. d. R.
8. Kreis Spandau: 7 1/2 Uhr Restaurant Müller, Adamsstr. 11. Referent: Conrad Haenisch, M. d. R.
8. Kreis Staaken: 8 Uhr im Lokal Hornemann. Referent: Kurt Kiehm.
8. Kreis Hagenhorst: 7 1/2 Uhr im Waldschloßchen, Joh. Bartel. Referent: Stadtverordneter Münsinger.
9. Kreis Wilmersdorf: 7 1/2 Uhr Viktoria-Casse-Schule, Uhland-Ecke Gasseiner Straße. Referent: Hugo Helmann, M. d. R.
9. Kreis Grünewald: 7 1/2 Uhr Wählerinnen-Versammlung im Restaurant Hubertusbader Str. 8. Referent: Frau Dr. Wegscheider-Ziegler, M. d. R.
10. Kreis Wannsee: 7 1/2 Uhr im Reichsadler, Königsstr. 26. Referent: Paul Hirsch, Ministerpräsident a. D. Thema: „Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen und Zweck, Vorteile und Notwendigkeit der Zusammenfassung der Vortorgemeinden Berlins.“
11. Kreis Schöneberg: 7 Uhr Chamisso-Schule, Barbarossa-Platz. Referent: Stadtrat Otto Frank.
11. Kreis Friedenau: 7 Uhr Friedenauer Rathhaus am Center-Platz. Referent: Wermuth, Bürgermeister.
12. Kreis Cantrich: 8 Uhr Aula des Realgymnasiums, Kaulbachstraße. Thema: „Lüge und Wahrheit im Kampf um Groß-Berlin.“ Referent: Dr. Ostrowski, Stadtverordneter.
13. Kreis Tempelhof: 7 1/2 Uhr im Gymnasium. Referent: Hermann Müller.
14. Kreis Neuköln: 7 Uhr im Schultheiß-Ausschaut, Hohenheide 35 (Wintergarten). Referent: Otto Braun, Landwirtschaftsminister a. D.
14. Kreis Rudow: 8 Uhr bei Heinge, Rudower Str. Referent: J. Wilmmer.
15. Kreis Treptow: im Viktoriagarten, am Treptower Park. Referent: Johannes Haß, Stadtverordneter.
15. Kreis Niederschöneweide: 7 1/2 Uhr Restaurant Coreld, Berliner Straße 101. Referent: Lebrer Kreuziger.
15. Kreis Johannisthal: 7 1/2 Uhr Lokal Senfelsen, Friedelichstr. 48. Referent: Dr. Lehmann, Stadtverordneter.
16. Kreis Grünau: 8 Uhr im Jägerhaus, Joh. Erhardt, Bahnhofstraße 1. Referent: Th. Fischer.
17. Kreis Lichtenberg: 7 Uhr Schulaula, Marktstr. 10. Referent: Nikolaus Osteroth, M. d. R.
17. Kreis Friedrichsfelde: im Restaurant Lindenpark, Wilhelmstr. Referent: Robert Breuer.
17. Kreis Kaulsdorf: 7 1/2 Uhr Turnhalle, Adolfsstr. 25. Referent: Bürgermeister Karl Bauer.
18. Kreis Borsigsee: 7 Uhr im Albrechtshof, Paeßtr. 16. Referent: Dr. M. Bendner, M. d. R.
19. Kreis Pankow: bei Lindner, Breite Str. Referent: Erich Kullner, M. d. R.
19. Kreis Niederschönhausen: 7 1/2 Uhr Aula des Gymnasiums, Kaiser-Wilhelm-Straße. Referent: Dr. Walter Jechlin.
19. Kreis Blankenburg: 7 1/2 Uhr bei Klug, Dorst. Referent: Heinrich Bierhöcker.
19. Kreis Buch: 8 Uhr bei Lange, am Bahnhof. Referent: Stadtrat Eugen Bräuner.
20. Kreis Wilmers: 7 1/2 Uhr Restaurant Zur Wartburg (Joh. Schulz), Oranienburger Str. 89. Referent: Staatssekretär Gregynski, M. d. R.
20. Kreis Tegel: 7 1/2 Uhr im Strandloßhof am See. Referent: Stadtrat Wuhlf.
20. Kreis Reinickendorf-Ost: 7 1/2 Uhr im Kaskonienwäldchen (Joh. Kamlow), Schönholz. Referent: Franz Kräger, M. d. R.

Der Betriebsrat des Wohnungsausschusses wehrt sich.

Zu dem gestrigen Gerichtsbericht über die Bestechlichkeit eines Wohnungsbeamten; der, wie mitgeteilt, von einer Berliner Gerichts-korrespondenz stammt, sendet uns der Betriebsrat der Berliner Wohnungs- und Mietminderungsämter (Bezirk 1-6) folgende Richtigstellung:

In der Tagespresse ist anlässlich der Gerichtsverhandlung gegen den früheren Angestellten des Berliner Wohnungsausschusses Friz Raeslath eine Aussage des Direktors des Hauptwohnungsausschusses, Herrn Dr. de Saporte, wiedergegeben worden, die besagt, „dass Angestellte, denen Bestechungen nachgewiesen seien, nicht entlassen werden könnten, weil der Betriebsrat die Zustimmung verweigerte“. Auf unser Ersuchen hat das Zentralamt für Wohnungswesen Herrn Direktor de Saporte aufgefordert, sich hierzu zu äußern. Die Aussage des Direktors de Saporte geben wir nachstehend wieder: „Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß ich als Zeuge in der Gerichtsverhandlung am Montag, den 10. d. M. in der Bestechungsangelegenheit gegen den früheren Angestellten Raeslath niemals dem Sinne oder dem Wortlaut nach gesagt habe, daß Fälle vorgekommen seien, in denen Angestellte, denen Bestechungen nachgewiesen seien, nicht entlassen werden könnten, weil der Betriebsrat die Zustimmung verweigerte.“ Der Betriebsrat bemerkt ferner dazu, daß gegen den Angestellten Strauch in zwei Fällen Anschuldigungen aus dem Publikum erhoben wurden, die Strauch selbst der Verwaltung mit der Bitte um Erhebung eines Strafantrages gegen ihn zur Kenntnis gebracht hat. In einem Fall hat sich die Anschuldigung bereits als völlig haltlos erwiesen, im zweiten Fall steht die Entscheidung noch aus. Strauch hat jedoch beantragt, ihn bis zur Entscheidung der Angelegenheit von seiner Tätigkeit als Wohnungsnachweiseiter eines der zwölf Berliner Wohnungsausschüsse zu entheben.

Feuertwehrrpferde und bürgerliche Gehe.

Die maßlose und ungerechte Kritik, die ein Teil der Berliner Wähler gelegentlich des gestrigen Brandes in Reinickendorf zum Anlaß nahm, der Berliner Kommunalverwaltung auf die beliebte hergebrachte Weise auszuweichen, fällt angesichts der folgenden Darstellung des Bezirksamts Reinickendorf in nichts zusammen:

„Die zur Bespannung der Fahrzeuge der Feuerwehr erforderlichen Pferde sind Eigentum eines Fahrherren; nach einer mit diesem getroffenen Vereinbarung aber auf dem Feuerwehrgrundstück untergebracht, um möglichst sofort verwendungsbereit zu sein. Daß die Pferde bei der verhältnismäßig geringen Anzahl von Bränden tagsüber auch noch anderweit Verwendung finden müssen, versteht sich von selbst. Am Brandtage befanden sie sich auf einem in der Nähe gelegenen Acker. Das Feuerwehrdepot liegt in unmittelbarer Nähe des vom Brande betroffenen Grundstücks. Als der Brandmeister bei dem ersten Eintrif, waren zwar im Augenblick Pferde nicht zur Stelle, doch gelang es sofort und ohne jeden Widerstand, die erforderlichen Gespanne von einem gegenüberliegenden, der Stadt Berlin gehörigen Rohlenplatz zu requirieren, zu gleicher Zeit trafen auch bereits die für die Bespannung ständig bestimmten Pferde im Depot ein, so daß ohne Verzögerung nach der Brandstelle abgerückt werden konnte. Zwischen der Ankunft des Brandmeisters beim Feuerwehrdepot und dem Eintreffen der Wehr bei der Brandstelle lag ein Zeitraum von 5 Minuten.“

Selbstmord eines Ehepaares. Eine Ehefrau, die Veranlassung zu einem Mordversuch gab, spielte sich vorgestern nachmittags in Schöneberg ab. In der Rosenheimer Str. 29 wurde die Ehefrau des Gerichtskassendirektors Stoessers tot aufgefunden. Es wurde zunächst angenommen, daß die Frau einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei und ärztliche Besichtigung der Leiche ergaben jedoch, daß die Frau selbst Hand an sich gelegt hatte. Der Ehemann, der zunächst nicht aufgefunden werden konnte, hatte an Verwandte einen Brief geschrieben, daß er und seine Ehefrau sich das Leben nehmen würden. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei bestätigten vorgestern nachmittags nach dieser Vermutung. Stoessers wurde in einem Charlottenburger Hotel erhängt aufgefunden. — Im Hause Heidenfeldstraße 13 wurden der 21jährige Arbeiter Otto Kade, seine Schwester, die 21jährige Arbeiterin Berta Kade, und kein 5 Monate altes Söhnchen Erich Kade tot aufgefunden. Sämtliche Räume waren mit Gas angefüllt. Wie sich herausstellte, hat Kade aus Gram um seine verlorbene Ehefrau sich und sein Kind, das er noch kurz zuvor von seiner Mutter abgeholt hatte, mit Gas vergiftet. Allen Anzeichen nach ist auch seine Schwester freiwillig mit in den Tod gegangen.

Einschuldigung ehemaliger Kriegsgefangener. Die Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener (Geschäftsstelle Berlin N. 113, Waidstr. 54 IV) bittet um Interesse der in wirtschaftlicher Notlage befindlichen Kriegsgefangenen mitzuteilen, daß die Frist auf Stellung von Anträgen auf Truppenlöschung und Entschädigung für die ehemaligen Kriegsgefangenen gemäß der Verfügung der Reichsregierung hier in Berlin am 15. Oktober abläuft. Anträge kann jeder Kriegsgefangene stellen, der nach seiner Rückkehr noch keine Lösung oder Entschädigung erhalten hat. Um den ehemaligen Kriegsgefangenen die Stellung der Anträge, auch gerade in den Nachmittagsstunden, zu erleichtern, sind die der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Ortsgruppen bereit, den Kriegsgefangenen auch in allen anderen Fragen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Schriftlichen Anfragen ist stets freiemachteter Rückumschlag beizulegen.

Anlässlich des 100. Geburtstages Rudolf Virchows hat das Preussische Museum in seinem Vortragssaal eine Ausstellung der dem großen Forscher in seinem arbeits- und erfolgreichen Leben verliehenen Adressen und Ehrendiplome veranstaltet. Es sind darunter ganz hervorragende Werke der Malerei, Kaligraphie, Buchdrucker- und Einbandkunst. Die Ausstellung kann leider nur für vier Tage, am 18., 14., 17. und 18. Oktober, von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags offengehalten werden.

Eine gefährliche Brücke. Die im Zuge der Schwedter Straße über die Ringbahn führende Brücke ist bis auf weiteres wegen Durchbruchgefahr für Fußwerts mit mehr als 25 Tonnen gleich 50 Zentner Gewicht gesperrt worden.

Bedürftige Studenten finden wegen Wohnung in Not. Wer sie unentgeltlich aufnehmen kann, wende sich an das Akademische Wohnungsamt, Universitätsstr. 26, in der Zeit von 9-2 Uhr.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Erstes Plankongress. Das Bezirksamt am Sonntag, den 16. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr, in der Volksharmonie, Bernburger Str. 22a/23. Musikalische Leitung Herr Kapellmeister Heise. Das Plankongress-Orchester. Es können noch neue Abonnenten aufgenommen werden. Das Einzelticket im Abonnement 4,80 M. Einzelticket an der Kasse 6 M. — Heute abend pünktlich 8 Uhr im Bureau Sitzung des erweiterten Bildungsausschusses. — Freitag, den 2. Dezember, nachmittags 5 1/2 Uhr, in der Reuen Welt, Hohenheide 108/114, „Eiegfried“, von Richard Wagner. 2 Teil aus der Erlage „Der Ring des Nibelungen“, in der ersten Fassung des Deutschen Opernhaus unter künstlerischer Leitung des Direktors Herrn Hartmann. Karten 4 8 M. im Bureau, Lindenstr. 2, 2. Hof 4 Tr., Zimmer 12, bei den Dolmetschen der Kreisbildungsausschüsse und in der Buchhandlung Bornstr. 1, Lindenstr. 2.

Zum Wintergarten wird diesmal etwas weniger reichlich gelangt. Dafür sieht man einige gute artistische Nummern; vor allem den Probestück der Quarlins, in dem die beiden weiblichen Mitglieder ein Remuelt auf hohen Füßen mit der auf dem Teil sehr schwierig einzuhaltenden Regel zum Vortrag bringen. Der schlangengleiche Wotan versteht in einer gut angelegten Szene als lebendes Handgepäck neues zu bringen. Die vier Urbornen in ihrer schlaflosen artistischen Grotesknummer, Baggeles, dessen Fortschritt noch immer unerschöpflich ist, und die Nibelungen der Berat (der Lang verschwindet unter der Fülle der Farben) verstehen es auch hier, den gemachten Versuch zu erzielen. Vorzüglich ist die sehr bewegliche Kapelltruppe Altonos. Die russische Langtruppe Komats und die Edelreiter Russi und Lala lassen nicht ganz in diesen Nummern, ebenso eignet sich Frau Degens Vortragstanz besser für ein kleineres Auditorium.

Dieser Korkbrand



ist die Urkunde für die Echtheit und alt-
bewährte Güte von

"Söhnlein Rheingold"

Hohes fachmännisches Können, sorg-
fältige Auswahl deutscher Edelweine,
über ein halbes Jahrhundert lange Er-
fahrung, verbürgen für jede einzelne Flasche
mit diesem Korkbrand

ein Meisterstück
der deutschen Sektindustrie.

Bezug durch den Weinhandel.

Söhnlein & Co.
Schierstein L. Rheingau.
Gegründet 1865.

Die neue Herbst- und Winter-Mode

Ersklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen verfertigt.

Ulster aus halbbaren Stoffen, in braun, grau oder olive	285⁰⁰	Uebergangs-Ulster , Schlänter a. Raglans u. Homesp. u. Cheviot M. 1000, 900, 750, 600	475⁰⁰	Jackett-Anzüge aus guten blaugrauen, grün- gestreiften und andersfarbigen Stoffen hergestellt	450⁰⁰
Winter-Joppen aus festem Lodenstoff, warm gefüttert, Interims- und Sportform	175⁰⁰	Uebergangs-Paletots a. marvoge Cheviot in guten Qualitäten	575⁰⁰	Jackett-Anzüge aus vorz. Stoffen in den neuesten Mustern, gestreift, kariert und einfarbig, auch Homespun	690⁰⁰
Schlüpfer, Raglans und Ulster aus grünen, stahlgrauen u. braunen Flischgräten- und Diagonalgeweben, hervorragenden Qualitäten	575⁰⁰	Gummimäntel für Damen und Herren, hochgeschlossenen und mit Fassen, in guten Qualitäten	265⁰⁰	Jackett-Anzüge aus erstklassigen Kammer- und Cheviotstoffen, in blau und farbig	900⁰⁰
Schlüpfer, Raglans und Ulster aus Flansch-, Homespun- u. Diagonalstoff, i. d. wundervollsten, neuesten Farbenstellungen, hell u. dunkel gemust.	700⁰⁰	Gummimäntel in Double u. Covertcoat, in hervorragenden Qualitäten	550⁰⁰	Sport-Anzüge mit Breecheshosen, aus guten Lodenstoff, in allen Farben	400⁰⁰
Schlüpfer, Raglans und Ulster aus erstklassigen Fabrikaten, in den allerneuesten Fassons gearbeitet	900⁰⁰	Lodenmäntel für Damen und Herren aus gutem Strichloden und Kamelhaarloden	225⁰⁰	Sport-Anzüge aus Homespun, Manchester und gemustert, Cheviot M. 850, 750,	600⁰⁰
Winter-Paletots aus vorzüglich Marong- und schwarzen Stoffen	600⁰⁰	Loden-Pelerinen für Damen und Herren	190⁰⁰	Rosen in allen Probestücken, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten, angefangen mit	55⁰⁰
Knaben- u. Jünglings-Ulster in allen Fassons	90⁰⁰	Gef- u. Sportpelze		Schulanzüge in verschiedenen Fassons und Qualitäten	70⁰⁰

Modernste Massanfertigung - Verwendung bester Stoffe und Zutaten - Sehr mässige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Tricotagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Der Ring d. Nibelungen
3. Tag: Götterdämmerung
5 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Die gefesselte Phantasie
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theater
Herodes u. Mariamme
Freitag 7 1/2 Uhr: Kean

Kammerspiele
8 Uhr: Der Hühnerhof
Freitag 8 U.: Der Hühnerhof

Gr. Schauspielh.
(Karlsruhe)
7 Uhr: Die Räuber
7 1/2 Uhr: Die Räuber

Theater in der Königsgrätzer Str.
Die Fahrt ins Blaue
(Gibber, Richard, Engl, Prückl, Stieck, Bild)
Fig.: Die Fahrt ins Blaue
Sonnabend zum 1. Male:
Nanon Lestaut
Schausp. v. Carl Sternheim
(Orska, Janssen, Riemann, Bild, Brandt, Bernburg, Picha, Rehkopf, v. Twardowski, Klupp)

Komödienhaus
Täglich 8 Uhr:
Der bürsche Schwank
Jonny's Busenfreund
Hans Waßmann
Arnold Rieck

Berliner Theater
Täglich 7:30 Uhr:
Prinzessin Olala
Fritzi Massary a. G.
Ralph Art. Roberts
Peppi Zampa, Kiper

Residenz Theater
Täglich 8 Uhr:
Der König i. Paris (Le Roi)
Lustp. v. Fiers u. Calliavet
Oiga Limburg, Kaiser-Titz, Lotte Klöpper, Eugen Rex, Richard Senius, Lette Dewis

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Frl. Josette - meine Frau
Eugen Burg, Carola Teutle
Falkenstein, Hans Albers

Tranon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Tod u. Teufel
Vorher:
Der Kammerdiener
Ida Wasi, Erich Kaiser-Titz, Käthe Hansch, Schrotz
Regie: Georg Anmann

Theater des Ostens
(Rosa-Theater)
7 1/2 Uhr:
Das Glück der kleinen Leute

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 1/2: Das Postamt / Die Komödie der Irrungen

Lessing-Theater
Heute u. morg. Tage 7 1/2:
Die Spielereien einer Kaiserin
Durieux, Stehrück
Sternberg

Deutsches Künstler-Th.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Leopoldine Konstantin)

Central-Theater
8 Uhr: Die Postmeisterin
Deutsches Opernhaus
Hoffmanns Erzählung
Friedr. Wilhelmstadt, Th.
8 Uhr: American Girl
Intimes Theater
8 U.: Die Spielunke / Laut doch nicht immer nackt herum
Kleines Schauspielhaus
7 1/2 U.: Kiki (Lustsp.)
Lustspielhaus
8 Uhr: Die Schauspieler
Metropol-Theater
7 1/2 U.: Die Strassensängerin
Neues Operntheater
8 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Theater am Zoo
Geschloss. n. Morzen
7 Uhr: Das Ewig-Männliche
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Die Wildente
Schiller-Th. Charlottenb.
8 Uhr: Meine Frau, die Hofschauspielerin
Schloßpark-Th. Steglitz
7 1/2 U.: Alles um Geld
Thalia-Theater
7 1/2 U.: Schäm' Dich, Lotte
Theat. a. Nollendorfpfatz
7 1/2 Uhr: Kean
8 Uhr: Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7 1/2 U.: Braut d. Lucullus
Th. i. d. Kommandantenstr.
(Jüd. Künstler-Theater)
8: Verlassene Schenke
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Nixchen
Volksoper. Wehalla-Th.
8 Uhr: Glocken v. Corneville

Casino-Theater
Lottlinger Str. 37
Täglich 7 1/2 Uhr:
Nur noch kurze Zeit der Pausen
Exzellenz Maxe
Vollst. am. bühne. Preise
Sonn- 9 1/2: Pantomimete

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Abokadabra

Alhambra
Vorher am Theater:
Celly de Rheidt
und des
Wesen-Prgr.
Volkspreise

Komische Oper 7 1/2
Direkt: James Klein
Allabendlich
Der Herr der Welt!
Große Ausstattung-Operettenrevue in 8 Bildern
In Szene gesetzt von Direkt. James Klein
Worte von Karl Bretschneider
Musik v. Karl Hajos
Hauptdarsteller:
Max Landi
Bruno Kastner
Sascha Gura
Franz Groß
Wilh. Hartstein
Paul Westermeyer
Lotte Werkmeister
Albert Paullig
Nerla Richter
Erna Alberti
Georges Blauvalet
Allons Martini
Erich Bartel
Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbroch. geöff.

Follies Caprice
Linienstr. 132, am Oranienburger Tor
Täglich 8 Uhr:
Nanons Debut
Poëse mit Gesang von L. Leonhard
mit Ferd. Grünbecker
Tel.: Norden 1650

Theat. a. Kottbus. Tor
Tel. Nordost 16077
7:30, 7 1/2, 8, 8 1/2, 9, 9 1/2, 10, 10 1/2, 11
Comte - Sänger
- 10 Herren! -
Witz! Rom! -
Rom. tolle Preise
Sonn. 11-11 1/2, u. 4-6

L.T.L.
Luisen-Theater
Lichtspiele
34 Reichenberger Str. 34
Die Perle des Orients
mit Viole Larsen, Carola Teutle, Mania Fritschowa, Rolf Pransch
Jacks Geheimnis!
mit d. Wunderaffen Jack Freitag Progr.-Wechsel
2 Erstaufführungen 2
Anfang 6 Uhr
Großes Orchester
Sonntag Anfang 7 1/2 U.

Zeig' mir mal dein Muttermal
Der Schlager
"American-Girl"
Friedrich-Wilhelmst. Theater
Täglich 8 Uhr. Täglich 8 Uhr

APOLLO
Theater
8 Uhr 8 Uhr
Unter allabendlicher Leitung d. Komponisten
Paul Linke
Franz Luna
Große Ausstattung-Operette
Oscar Sabo a.o.
Else Berner
Fritzi Arco
Martin Kettner
Fritz Steidl
Orig. Orchester
Luftballett
Tageskasse ununterbr. geöff.

CIRCUS BUSCH
Tägl. 7 1/2, Sonn- auch 3 U.
Breitbar!
der Kettenheißer!
16 Sensationen! 16 Vorverk. benutzen!

CIRCUS
GEBIRGENFELD
MAGDEBURG
Neukölln
am Polizeipräsidium
22 Circus- 7 1/2 Attraktionen!

WINTERGARTEN
Relax
Varieté-Programm!
Neuheiten gestattet!

Wien-Berlin
Unterhaltung
Varieté
14 Varieté-Sensationen
Beginn 7 30 Uhr
Kala Weinzwang.

8 Uhr SCALA
Internationales Varieté

Reichshallen-In Stettiner Sänger
Abds. 7 1/2 u. Stg. nachm. 1/2
Nehm. 1/2 Pr
Varieté-Donhoff-Brettel

Doppelclysos St. 20 St.
Verbandswatte 100 g 2 u. 9 St.
Mundwasser, Rosenl. Hfr
1/2 Jahr reich. 150 g nur 6,50 St.
Zahnpaste, Tube 1 u. 1,50 St.
Eau de Cologne, 50%, 5 u. 7 St.
Canolla 25 u. 50 St.
Damenbinden, Dp. 3,50, 5, 6 St.
Gütel day 2-5 St.
Klosettpapier, gr. 91, 1,50, 2,00 St.
Krepp 2,00 St.
Batterietropfen, 60 Bl. 1,50, 100 Bl. 2,50 St.
Fieberthermometer 1,5, 2,5 St.
Wasserbüchse
Zurücklagen 1, 1,50, 2, 2,50, 3, 3,50, 4, 4,50, 5, 5,50, 6, 6,50, 7, 7,50, 8, 8,50, 9, 9,50, 10, 10,50, 11, 11,50, 12, 12,50, 13, 13,50, 14, 14,50, 15, 15,50, 16, 16,50, 17, 17,50, 18, 18,50, 19, 19,50, 20, 20,50, 21, 21,50, 22, 22,50, 23, 23,50, 24, 24,50, 25, 25,50, 26, 26,50, 27, 27,50, 28, 28,50, 29, 29,50, 30, 30,50, 31, 31,50, 32, 32,50, 33, 33,50, 34, 34,50, 35, 35,50, 36, 36,50, 37, 37,50, 38, 38,50, 39, 39,50, 40, 40,50, 41, 41,50, 42, 42,50, 43, 43,50, 44, 44,50, 45, 45,50, 46, 46,50, 47, 47,50, 48, 48,50, 49, 49,50, 50, 50,50

A. Maas & Co.
Einheits- 5-6 Uhr. Geogr. 1895

Sudfabrik-Niederlage
H. Lamprecht, Berlin-Repton, Bouchéstr. 17
liefern direkt an Private Stoffe für Herren und Damen zu Fabrikpreisen. Alfes- und Paletostoffe
Geöffnet von 1/2-7 Uhr.

Pfandscheine
Brillanten, Gold
Silber (Bruch) Platin
Zahngelbisse
Zahn 10 bis 150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwecheln von ausländischen Gold- und Silbermünzen
Kurt Kohler, Berlin
Lohninger Str. 34

Erfolg
haben Inserate im
Vorwärts

Teppiche
kauft man am besten in dem seit
50 Jahren bestehenden
Teppichhaus Brunn
Hackescher Markt 4
am Bahnhof Börsen
Große Auswahl!
Billigste Preise!

Achtung!
Riant's Wertkonserv verspricht
100 %
bleibt aber nicht hoch. Ich halte aber hoch und zahle für
Brillanten + Edelsteine
Platina, Gold- und Silberbruch
Sowie Gegenstände dem höchsten Tageskurs, und Sie haben bestimmt Ihren Totogewinn in der Tasche. Dringender Bedarf. Direkte Berechnung, eigene Schmelze.
Ed. Kokoski, Juwelier Berlin
Brunnenstraße 168
Goldwäscherei mit edler Verarb.
Teleph. Dumbold 3480 (Beogr. 1909)

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden jeder Art bei Männern u. Frauen. Spez. vererb. Harn-, nerv. Schwäche usw. ohne Operation u. Berufsörung. Besonders für Kranke, welche anderwärts nicht ausgeheilt worden sind. Anwend. d. wissenschaftl. anerkannt u. glänz. bewährten künstl. Harnenzyme (Blutuntersuchung). Sprechst. 11-12. 4-7. Sonn- 12-1 Uhr.
Dr. Hermanns, Elsasser St. 42, i. Ecke Friedrichstr. (4 Min. v. Stegl. Bht.)

Neue Haut
erzielt man schmerzlos, unmerklich für d. Umgebung, durch die echte Vater-Philipp-Schäur à 12 M. von Intogen-Laborator, Sommerstr. 114, Schütz Picket, Mieser, junge Haut zum Vorch. komm. Erhältl. i. d. Elefant-aphth., Leipz. Str. u. Droger. Bastianstr. 2, Fehmarstr. 3, Reinickend. Str. 119, Charlottenstr. 76, Pank., Prinzstr. 6

Bekanntmachung.
Die auf dem 20. Oktober 1921 abgeraumte Wahl von Reichsleiter-Beratern zum Ausschuss unserer Rasse wird hierdurch aufgehoben, bezügliche Wahl und die auf dem 21. Oktober 1921 abgeraumte Wahl von Reichsleiter-Beratern zum Ausschuss aufgehoben.
Zurück 150/3
Dr. Fritz Bodländer
Facharzt für Hautleiden
Schadowstr. 12/13

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Cinenstr. 83-85
Geöffnet von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1229, 1287, 9714
Gente, Donnerstag, 13. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr, im Bürgerheim, Alte Schönehauser Straße 23/24:
Sigung
der Zigaretten-Industriearbeiter-Delegierten und Betriebsratsmitglieder.
Um 7 Uhr tagt in demselben Lokal die **Branchenkommission** der Maschinenführer u. Betriebshandwerker.
Um 7 Uhr tagt in demselben Lokal die **Betriebsräte der Hauptgruppe IV** (Metallverarbeitung).
Gente, Donnerstag, 13. Oktober, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Rappentiergasse:
Verammlung
aller aktiven Betriebsräte für die Untergruppen 8, 9, 10, 11, 12, 13, welche im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind. Die Tagesordnung wird in der Verammlung befaumtgegeben.
Die Ortsverwaltung.

Ziehung 18. u. 19. Oktober
Pflege-Lotterie
2542 Gewinn im Gesamtwert von
100 000 M.
50 000 M.
10 000 M.
Lose 3.60 M. Postgebühr und Liste 1.20 Mark.
Ein Glückskwurt enthaltend 10 Lose sortiert aus versch. Taus 36.- M.
H. C. Kröder Berlin W 6
an der Lehniger Straße

Anfang von Bibliotheken,
Kleinen, Anzahlbüchern, Hand- zeichn., Katalogen, Bücher, Werken aller Zeiten, Handschrift mit und ohne Illustrationen, alten Drucken, einzelnen Büchern von Wert, Stammbüchern usw.
Martin Breslauer,
Verlagsbuchhändler und Antiquar
Berlin S 9, Reussstr. 44

Brillanten, Juwelen
kauff auch ganze Nachlässe besonders große Posten gute Ware, zum höchsten Kurs
Amsterdamer Diamantenschleiferei
Geogr. 1922, 160 Friedrichstr. 160

Arbeitsbereitschaft.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter wird in den Reihen der Arbeiterschaft wenig Gegenliebe finden.

„Der Reichsarbeitsminister ist ermächtigt, für gewisse Gewerbezweige oder Gruppen von Arbeitern, bei denen regelmäßig und in erheblichem Umfange bloße Arbeitsbereitschaft vorliegt, eine vom § 5 Abs. 1 und 2 und § 11 abweichende Regelung zu treffen.“

Das heißt, der Achttundentag und die 48stündige Arbeitswoche kann nicht nur für Arbeiter, sondern selbst für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren und Arbeiterinnen in solchen Fällen aufgehoben werden.

In der Begründung wird gesagt, die Zulassung einer längeren Arbeitszeit oder „Anwesenheitszeit“ im Betriebe soll für solche Arbeiter erfolgen, deren Tätigkeit zeitweise in Arbeitsbereitschaft besteht.

Unter Wahrung der tatsächlichen Verhältnisse soll also eine Arbeitsbereitschaft innerhalb der Arbeitsfähigkeit konstruiert werden, um den vagen schwammigen Begriff der „Arbeitsbereitschaft“ in die Gesetzgebung einzuführen.

Diese Aufzählung zeigt, daß es sich hauptsächlich um solche gesellschaftlich notwendigen Arbeitsleistungen handelt, die nicht der Warenherstellung dienen und die man deshalb wohl von vornherein als minderwertig erachtet.

An diesem Beispiel erkennt man zugleich, wie bereitwillig die Schöpfer dieses Entwurfs auf die Wünsche der Unternehmer eingegangen sind. Die Geschichte mit dieser „Arbeitsbereitschaft“ und „Anwesenheitszeit“ mußte sie sonst doch klug machen.

Die Art einer Reihe von Gewerben, und zwar meist solcher, die in das Gebiet der persönlichen Dienstleistungen fallen, bringt es mit sich, daß die hauptsächlichste Arbeitstätigkeit an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist, und zwar in der Regel an die Anwesenheit von Käufern oder Gästen.

Man muß dem Begriff der Arbeitszeit Gewalt antun, um aus der Arbeitszeit eine „Anwesenheitszeit“ zu machen und von der Arbeitstätigkeit eine „Arbeitsbereitschaft“ abzutrennen. Demgegenüber muß der Begriff der Arbeitszeit im Gesetz unzweideutig festgestellt werden.

Die wirkliche Arbeitsbereitschaft würde dadurch wesentlich vermehrt. Nun ist es kein Zufall, daß es sich hier hauptsächlich um solche Gewerbe handelt, in denen die Arbeitskraft der Arbeiter von jeher recht niedrig im Kurse steht.

In rückständigen Berufszweigen mit Lehrlingszüchtereier und ungünstigen Konkurrenzverhältnissen, in einzelnen Betrieben mit mangelhaften Einrichtungen und Leistungen, in Verkaufsgeschäften mit alten Bodenplätzen, kurzum in Betrieben, die vom Publikum lieber gemieden und nur im Notfall aufgesucht werden, soll der Angestellte darunter leiden, länger „anwesend“ sein, auf Kunden warten.

Ein Staat, der diese „Arbeitsbereitschaft“ gesetzlich sanktionieren will, macht seine ganze Arbeiterschutzgesetzgebung lächerlich. Würde diese schiefe Bahn erst einmal betreten, dann gäbe es kein Halten mehr.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§§ 35, 36 und 93 BRG. Unzuständigkeit des Schlichtungsausschusses. Der Schlichtungsausschuss ist in Preußen bei Streitigkeiten aus § 93 unzuständig.

Der Schlichtungsausschuss Essen hat sich in einer Sitzung am 30. Juli 1921 mit einer derartigen Zuständigkeitsfrage zu befassen.

Beamte!

Die bürgerlichen Parteien werden um eure Stimmen für die Stadtverordnetenwahl. Was taten diese Parteien für euch, als sie früher die Macht hatten?

Sie raubten euch das Wahlrecht, da ihr bei der öffentlichen Wahl nach den Befehlen der Vorgesetzten wählen mußtet.

Ihr dürft euch nicht gewerkschaftlich organisieren, man verbietet euch gemeinsame Petitionieren, man zahlt euch Hungerlöhne, obwohl der alte Staat Geld genug hatte.

Jetzt braucht man euch

wie die bürgerlichen Parteien mit eurer Hilfe wieder zur Herrschaft kommen wollen.

Wollt ihr wieder in die alte Knechtschaft?

dann wählt bürgerlich!

Wollt ihr aber

freie Staatsbürger

bleiben und mitarbeiten an der Schaffung gesunder Verhältnisse zum Wohle des ganzen Volkes,

dann wählt sozialdemokratisch! (SPD.)

schäftigen geholt. Die Beschwerdeführer wurden abgewiesen. Wir lassen die Begründung, weil uns dieselbe durchaus zutreffend erscheint, nachstehend folgen:

„Nach § 93 Ziffer 3 und 4 des BRG. entscheidet bei Streitigkeiten über die Geschäftsführung und die Notwendigkeit von Geschäftsführungskosten der Betriebsrat, an dessen Stelle zurzeit im Bergbau der staatliche Bergverwalter tritt.“

Filmschau.

„Judah“. Der am Montag im Ufa-Palast am Zoo zum erstmaligen gezeigten italienische Großfilm „Judah“ war eine Enttäuschung. Wir sind von den italienischen historischen Kolossalfilmen, die uns vor Jahren entzückten, heftig enttäuscht — oder haben uns inzwischen gelehrt denartige Großfilme zu schätzen?

„Dem Judah“ daran ging (merkwürdiger und beklemmender Zusammenstoß) ein Chaplin-Film, der uns begreien ließ, warum Charlie Chaplin der beliebteste Filmschauspieler der Welt ist.

Der Sport-Palast hat diesmal ein Programm wie aus einem Buch. Alles hat einen amerikanischen Anstrich. So die lebenswichtige „Witz Venus“, die der Mittelpunkt der großen gleichnamigen Lustkatharsisoperette ist.

„Amor als Steuer“ wird im Ufa am Rosenbodenplatz mit tiefer Aufmerksamkeit als neuer „Dra-Osmaldis-Film“ angepriesen. Dieses Wunderwerk ist aus der vollendeten Ideenlosigkeit geboren und muß als Altmittelstschlüsselart bezeichnet werden.

Der Sport-Palast hat diesmal ein Programm wie aus einem Buch. Alles hat einen amerikanischen Anstrich. So die lebenswichtige „Witz Venus“, die der Mittelpunkt der großen gleichnamigen Lustkatharsisoperette ist.

Der heilige Pabst oder Die Hochzeitsreise im Ägyptenland. Diesen wiederholenden Titel führt ein Dundergegnis, das einem Boy beim Film zur Bekunde dient. Der Boy hatte dem Dramaturgen ein abgelesenes

Film-Manuskript zurückschicken. Aus Mitleid mit dem Enttäuschten gibt er ihm seine schöne Geschichte samt dem guten Rat: „So kehren Sie — wenn Ihnen nichts einfällt!“

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 13. Oktober:

- 32. Abt. (Freitag 10.). 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Schudert, Rittersdorfer Str. 3. Erscheinen aller Funktionäre unbedingt erforderlich.

Morgen, Freitag, den 14. Oktober:

- 24. Abt. Letzte Flugblattverteilung im Wohnkampf. Jeder Genosse unter 25 Jahren Bezirkshilfe; in jede Wohnung muß ein Blatt kommen.

Jugendveranstaltungen.

Bereich Arbeiter-Jugend, Sekretariat: G. H. Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon Nr. 121 08-10.

Heute, Donnerstag, den 13. Oktober:

- Gesamtsitzung. Rantow. Jugendheim Genthofen. 6. Vortrag: „Unter Wehrmacht zur Front.“

Aus aller Welt.

Cholera in Königsberg. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die durch die Zeitungen am Freitag voriger Woche verbreitete Nachricht vom Ausbrechen von Cholera in Königsberg ist nicht bestätigt.

Das Schwurgericht Rathenow verurteilte den Arbeiter Wilhelm Mika aus Ratowshaus wegen Raubes zum Tode, und lebenslänglichem Zuchthaus.

Explosionsunglück. Bei einer Expedition im Apollo-Werk zu Böhmgen in Thüringen wurde eine Kranführerin getötet, zwei Arbeiter wurden schwer und eine Anzahl leichter verletzt.

Geißeln der Ruhr in München. Die seit Anfang Juli d. J. in München aufgezeichnete Ruhr ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nunmehr erloschen; nur ab und zu wird noch eine Erkrankung gemeldet.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralverband der Angestellten. Freitag. Konferenzindustrie: Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr im Verbandshaus, Rosa-Luxemburg-Str. 1-10.

Bereich heimattreuer Helferinnen. Sächsen. Am 10. Oktober in den Rentnerheim, Alte Jakobstr. 2. 1. Singschule. Mitglieder und Gäste sind eingeladen.

Arbeitersport.

Freie Turn- und Sportvereine. Samstag. Schwimmabteilung. (S. B. S.) Am Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Barnack“ (Königsplatz) Anhalten der Abstellung.

Briefkasten der Redaktion.

M. S. 100. Brief: Nach den Bergen. — M. 75. Fragen Sie bei dem Annoncenbureau Rudolf Hoffmann, Berlin, Grenadierstr. 41, Vorträge des 1. Oktober. 1. Unterer Gradstein rein. 2. Rein. — G. S. 80. Sie können nur die Zahlung abholen. — W. A. 2. Wenden Sie sich an das Wohlfahrtsamt Ihres Bezirks oder an das Amt Rosa Luxemburg, Berlin, am Karlshof 15.

